

Bezugspreis:

Wortführer 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., zzgl. Zustellungsgebühr...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 5. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

An die Arbeiter der Welt!

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden! Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerbund errichten wollen...

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit zur höheren Ehre Gottes und der Menschheit.

Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege geliebt. Dierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Schuld am Kriege zugeschrieben, dafür büßen.

Ihre Kinder und Kindeskinde sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten.

Ungefähr ebensoviel, wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden...

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Haß und Verbitterung werden sich in die Herzen einfrassen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa) Beirat der freien gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Rededuell Tardieu-Briand.

Paris, 4. Februar. (B.Z.) In der heutigen Sitzung der Kammer sprach Tardieu seine gestern unterbrochene Rede fort. Er habe gestern bewiesen, daß das Pariser Abkommen an die Stelle der Reparationskommission die Regierung gesetzt habe...

langte von der Regierung, daß sie die Verhandlungen mit den Alliierten wieder aufnehme, da die Konferenz von Paris zu keinen ratifizierten Entscheidungen gekommen sei.

Tardieu beendete seine Rede, indem er seine Kollegen aufforderte, ihren Willen dahin kundzugeben, daß sie das Abkommen von Paris nicht annehmen und wünschen, daß über den Gegenstand die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Briand

erwiderte: In meiner Kapazität habe ich zuerst Freude empfunden, als ich die Interpellation Tardieu vernommen hatte.

Briand sagte weiter: Tardieu wisse, unter welchen Schwierigkeiten verhandelt wurde. Er müsse deshalb nachsichtig gegenüber einem Manne sein, der diesen Vertrag unter schwierigen Bedingungen lobte zur Annahme bringen mußte...

Er habe über den Vertrag in der besten Periode kurz nach dem Krieg verhandelt zu einer Zeit, zu der das Prestige des Sieges noch vorhanden gewesen sei.

Damals hätte man aber das Parlament nicht hören wollen, das man heute so feiere, damals hätte man seine Mitarbeit abgelehnt und die vollständige Isolierung der Regierung verlangt.

Gewiß bindet das Abkommen von Paris nicht die Kammer. Die Kammer habe also das Recht, dessen Revision zu verlangen.

Nach Vorprüfungen auf Doumer und Loucheur sagt der Ministerpräsident, der Versailler Vertrag sei ausgezeichnet, es fehle ihm aber nur eines, wie den berühmten Zwillingen, nämlich, daß er lebend sei.

Clemenceau selbst habe gesagt, der Vertrag könne nur durch Einigkeit der Alliierten ausgeführt werden. Tardieu selbst habe die Fehler anerkannt. Die Konferenz von Paris habe das Einverständnis der Alliierten verstärkt.

Die Berechnungen über die feststehenden Annuitäten seien genau, aber die Berechnungen über die Exportsteuern seien anzuzweifeln. Jedenfalls aber habe sich Tardieu getäuscht, wenn er behauptete, Frankreich habe 30 bis 35 Prozent seiner Forderungen ausgegeben...

die Zwangsmassnahmen in Kraft treten.

Die Regierung hätte das Recht gehabt, am 1. Januar das Abkommen von Spa auszuspielen. Da es nicht automatisch geschehen sei, könne man der Regierung daraus keinen Vorwurf machen.

Deutschland nichts angingen. (!)

Es habe sie nicht zu diskutieren. Wenn nach dem Abkommen von Paris die Deutschen seiner Ausführung Hindernisse entgegensetzten, dann werde die jetzige Regierung ihre Pflicht erfüllen...

Die Pensionen und Reparationen seien für die kommenden Jahre sichergestellt. Man müsse bei den Alliierten Anstrengungen machen, um gewisse Vorteile durch die finanzielle Solidarität zu erlangen.

Bruch mit den Verbündeten

ins Auge fassen können. Das sei alles, was Deutschland hätte hoffen können. (Beifall.) Wenn dieser Zustand einen oder zwei Monate gedauert hätte, wäre dann das Land nicht in seinen Hoffnungen enttäuscht gewesen?

Vincent Aurioi (Soz.) spricht von der interalliierten finanziellen Solidarität. Nach ihm will Abg. Lavie de Magallon (Radik.) das Wort ergreifen.

Die Sitzung endet nach 7 Uhr.

ein allgemeines Pfand auf das gesamte haben Deutschlands nehmen müssen, man hätte das Budget, die Finanzen, den deutschen Handel kontrollieren müssen und nachher die Annuitäten im Hinblick auf deren Flüssigmachung festlegen müssen.



# Lenins deutsche Millionen.

Von Eduard Bernstein.

Die Anfrage des Kommunisten B. Düwell an die Reichsregierung über die von mir behauptete Verwendung von über 50 Millionen Mark an Lenin und Genossen ist vom Auswärtigen Amt so beantwortet worden, wie es im Angeficht ihrer verschwommenen Formulierung zu gemäßen war. Das Amt erklärt, daß sich in seinen Akten nichts hierüber finde, und daß auch kein Anhaltspunkt dafür vorhanden sei, daß das Auswärtige Amt einer Unterstützung Lenins und Genossen durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt habe.

Käme es der „Roten Fahne“ nicht mehr darauf an, mich mit beschimpfenden Redensarten zu überschütten, als die Wahrheit an den Tag zu bringen, so würde sie dem Amt erwidert haben, seine Antwort umgebe den Kernpunkt meiner Behauptung, in der das Auswärtige Amt mit keinem Wort erwähnt war, und würde sie versucht haben, durch eine genauere Formulierung der Frage das Amt zu einer ganz bestimmten Erklärung zu nötigen. Statt dessen redet sie ihren Lesern ein, trotz ersichtlichen Bemühens, mir zu Hilfe zu kommen, habe das Auswärtige Amt gesehen müssen, daß an meiner Behauptung „nichts Wahres“ sei, und nun helfe mir „kein Kneifen mehr“. Wer einigermaßen lesen kann, dem brauche ich nicht erst nachzuweisen, daß die Antwort des Amtes das Gegenteil erkennen läßt. Sie bestreitet, was ich gar nicht behauptet habe, umgeht aber sorgfältig eine Aussage darüber, ob das, was ich wirklich behauptet habe, mit den Tatsachen übereinstimme oder nicht. Das Amt bzw. der Minister will es vermeiden, meine Behauptung als richtig anzuerkennen, hütet sich aber zugleich sehr, ihr die tatsächliche Grundlage zu bestreiten. Die Antwort sagt nicht einmal, daß dem Amt nichts von dem Vorgang bekannt sei, den ich behauptete. Sie sagt nur, daß sich nichts darüber in seinen Akten finde. Es ist aber im Kriege sehr vieles geschehen, wovon die Akten der Regierungen nichts verraten.

Ebensoviele wie die Frage Düwells ist die wunderwolle Zumutung der „Roten Fahne“, ich solle sie ob ihrer gegen mich gerichteten Schimpfereien auf Verleumdung verklagen, dazu geeignet, die Wahrheit unabweisbar an den Tag zu bringen. Ihre juristischen Freunde wissen sehr gut, daß ich auf Beschimpfungen nur mit einer Beleidigungsklage antworten könnte, bei der es ganz in der Hand des Gerichtshofes läge, mir die Beweisführung einzuschränken.

Mit einem Beleidigungsprozeß vor bürgerlichen Gerichten ist bei deren Praxis in solchen Dingen das nicht zu erreichen, worauf die Öffentlichkeit im allgemeinen und die sozialistische Welt im besonderen Anspruch haben: die unabweisbare Feststellung des Sachverhalts in dieser Frage. Mir, der ich die Schwärmerei der „Roten Fahne“ für diese Gerichte nicht teile, würde es am meisten zusagen, den Fall vor einen lediglich aus Sozialisten zusammengesetzten internationalen Untersuchungsausschuß zu bringen. Indes ist das Zustandekommen eines solchen mit sozialer Weitläufigkeit verbunden, daß darüber noch viele Monate vergehen würden, und so habe ich, da auch der Vorschlag Kerenkis untunlich erscheint, mich denn dem zu einem anderen Weg entschlossen.

Gleich nach Wiederkunft des Reichstages werde ich bei diesem beantragen, den Fall dem zweiten Unterausschuß des von der Nationalversammlung eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der Entstehung des Krieges usw. behufs beschleunigter Erledigung zu überweisen und den Ausschuß für diese Angelegenheit um ein Mitglied der kommunistischen Fraktion zu erweitern. Der Ausschuß hat alle für die Feststellung des Tatbestandes erforderlichen, im Artikel 34 der Reichsverfassung niedergelegten Rechte, und es ist, wie ein Interesse der Sozialdemokratie, so auch ein solches der großen deutschen Öffentlichkeit, daß die Wahrheit über diese Geschichte ans Licht kommt.

## Der tanzende Strauß.

Die Josephs-Legende in der Staatsoper.

Ein Ballet der Symbole, eine ungespielte Handlung und eine Illustrationsmusik, mehr ein Nebeneinander der drei Aspekte als eine Verschmelzung zur Einheit. Dennoch viel mehr als ein Ballet. Dem Grafen Kessler schwebte wohl eine Vertikale choreographischer Inhalte vor, das Einbringen wirklicher Erlebnisse und Gegenstände in die Gebärde und Schwingkraft des Tanzes. Daß Potiphars Weib den Joseph begehrt und dieser sich ihrer Umarmung erwehrt, ist kaum der dichterischen, sicher nicht der musikalischen Formung zugänglich. Eine Idee mußte geboren werden, die in sich gleichzeitig die notwendige Rhythmik des Tanzschritts, vom Ankniff der Demut bis zur Ergötzung der Gottanbetung hatte, und der die Wurzel, die tönenden Erlebnisse vom unschuldigen bis zum dramatisch ausgelassenen Pathos und zum Dithyrambus der Masse in sich verschloß. Wenn von Josephs nächtlichem Körper die Rundrythmische Legende schuldlos zusammenkauert, wenn vor der Schönheit dieses Lebenswertes der Glitzer unterhöhlter, schwüler Leidenschaft abfällt, so ist im Gegensatz dieser Impulse und Strömungen in der Tat eine Welt der Bewegung, äußerer wie innerer, aufgetan, die nach Melodien und Rhythmus und Tanz verlangt. Diese Idee schwingt in der Joseph-Legende stark durch, aber sie verliert sich auch oft wieder hinter dem, was auch früher Ballett war, so daß oft von dem Zentrum des Werks und von der Idee des dichterischen Wertes das Interesse abgezogen scheint. Die Länge der Lust und der Bejagung treten dem Schritt der Handlung gegenüber zu selbstlicher auf, und der Entschleunigungstanz, der da vor dem königlichen Auge in gar nicht versteckter Symbolik ausgeführt wird, verlegt durch den bedingungslosen Mangel an Frucht und durch seinen Sinnentzug. Wenn die Theorie des Dichters auch nicht ganz zur praktischen Tat geworden ist, so sind hier doch Anfänge zu einer neuen choreographischen Fortentwicklung in Reine vorhanden.

Strauß hält in der Joseph-Legende mit seiner Lust an selbstsprechenden Melodien auffallend zurück. Gerade dem göttlichen Aufblick und der knabenhaften Kraft des Joseph scheint der musikalische Wohlgehalt in gar zu großer Belanglosigkeit des Klanges verloren zu gehen. Unnützlich zu sauen, daß viele charakteristische Melodien vorhanden sind und daß die Orchesterarbeit glänzt; aber nur die Linke schrieb, die der Meisterrecht der Rechten noch nicht gemacht war. So ist die gewollte Synthese auch zwischen Dichtung und Musik nur glückhaft inspiriert, nicht voll gelungen. Kein Niedergang gerade des Komponisten Strauß, aber ein zielloser Abweg.

Die Gesamthaltung der Aufführung war heroisierend. Kroller ist zu dem Knaben Joseph ein zu altes Gesicht. Seine Sprünge und Drehungen scheinen auch mehr weiblich als männlich, der Klänge und der Lust des Gottanbetens sowie der Reinheit des abweisenden Unschuldigen wurde er mit ebenso großer Gebärde gerecht. Meisterhaft auch Frau Durieux in ihrer kalten, inneren Strenge wie in der glühenden Begehrtheit über tagenhosten Weibheit. Sie fing Musik und Tanz in die Bindungen ihres Körpers, die schmale Gelentigkeit ihrer Hände und das Heben ihrer Fußspitzen auf, sie war raffig durchglüht und beraucht von Lamm, Liebe, Lust.

Um aber den sich so ungebüdig gebärdenden Spezialinteressenten eine kleine Entschädigung dafür zu bieten, daß sie noch etliche Wochen zu warten haben werden, will ich heute wenigstens ein Zipselchen des Schleiers lüften, den ganz wegzuziehen Sache des Untersuchungsausschusses sein wird. So sei denn kundgetan, daß der Erste, der mir von dem merkwürdigen Handel Mitteilung machte, ein preußischer Offizier aus einem mit Mitgliedern der Diplomatie gesegneten Adelsgeschlecht war. Er mußte nicht und weiß bis jetzt noch nicht, mit wem er zu tun hatte, als er am 30. Dezember 1917 gesprächsweise zu mir bemerkte: „No, es wird ja nun wohl bald mit dem Krieg zu Ende sein, es war doch gut, daß wir Lenin viel Geld gegeben haben.“ Nachforschungen, die ich damals über die Quelle seines Wissens anstellen ließ, ergaben, daß sie von unzweifelhafter Güte war und seine Bemerkung wohlfundiert sein mußte. Trotzdem beschränkte ich mich darauf, vorerst nur meine näheren politischen Freunde von ihr zu unterrichten. Es mußten noch ganz andere Gewährsleute sich finden und mir Genaueres über den Betrag des „vielen Geldes“ bekannt werden, bis ich mich dazu entschloß, die Öffentlichkeit von der Tatsache dieses Handels zu unterrichten.

Aus dem Beschimpf der „Roten Fahne“ aber entnehme ich das einigermaßen verführende Geständnis, daß sie diese Geldgeschichte für arg kompromittierend hält. Denn wie könnte sie sonst über „Verleumdung“ zetern!

## Levi wird weiter gerüffelt.

In der „Roten Fahne“ veröffentlicht Friesland einen Artikel über allerhand, was ihm nicht gefällt. Darin kommt er auch auf den Brief Dr. Levis an den großen Unbekannten zu sprechen, er sagt:

Noch deprimierender aber muß es auf die Mitglieder der Partei wirken, wenn der Vorsitzende der Partei einen solchen Brief schreiben kann, wie ihn die „Freiheit“ leghin veröffentlichte. Die Entrüstung über den Diebstahl, die viele als etwas überflüssig empfunden haben, kann darüber nicht hinweghelfen, daß in diesem Schreiben nicht ein klarer politischer Wille, sondern Empfindlichkeit zum Ausdruck kommt, und die Genossen wünschen nicht von Empfindlichkeit in ihrer politischen Arbeit geleitet zu werden, sondern sie wollen offene und eindeutige Fragestellungen und Anteilnahme der Partei an diesen Fragen.

Man bemerkt mit Vergnügen, daß auch unter Kommunisten der Ton diplomatischer wird. Sonst hieß es gleich „Judast!“ und „Arbeiterverräter!“ Aus diesem Grunde ist die Eleganz zu bemerken, mit der hier dem Führer der R.P.D. die seidene Schnur überreicht wird.

## Die Einheitsfront.

Aus den Reden des Beredes über die Verbreiterung der Regierungsbasis entwickelt sich endlich ein etwas klareres Bild. Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Die Frage einer Erweiterung der Grundlagen zu gemeinsamer Arbeit der Rechtsparteien ist immer noch in der Schwebe. Die Legendenbildung, als habe die deutschnationale Fraktion sich dem Gedanken einer engeren Zusammenarbeit entzogen, kann wohl als erledigt gelten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht dann über die Hindernisse, die dem Konzentrationsgedanken im Wege stehen, und schließt:

Von deutschnationaler Seite werden gleichwohl, namentlich auch im Hinblick auf die möglichen sehr ernsthaften außenpolitischen Entwicklungen, praktische Vorschläge und Anregungen erfolgen.

Der Zweck des Ganzen ist danach, die Deutschen nationalen mit in die Regierung zu bringen. Außenpolitisch kann das nur schaden, denn die Rückentwicklung Deutschlands von der Republik zur Junkerberrschaft wird uns nirgends Freunde

heit. Sie wäre das große musikalische Wunder des Abends geblieben, wenn nicht Strauß, der reich gefeiert wurde, zu Beginn mit dem Geniefluch seines Till Eulenspiegel alle Ruffst aus zweiter Hand tot gemacht hätte. Kurt Singer.

Die Junst gegen die Hamburger Unioersität. Alle die Korporationen, die den künftigen Charakter der deutschen Unioersitäten aufrechterhalten wollen, sind aufgeboden, die Hamburger Unioersität zu boykottieren. Die Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft hat die Sünde wider den „heiligen Geist der Hochschulfreiheit“ begangen, ein Hochschulgesetz anzunehmen, in dem ein in Hamburg bewährtes System der Unioersitätsbehörde gewisse Rechte der Berufung von Professoren usw. verleiht. Die medizinische Fakultät in Freiburg i. Br. erläßt eine Bannbulle, in der es heißt: „Angesichts der ungeheuerlichen Art und Weise, in der in Hamburg die akademische Freiheit und das Recht der Selbstverwaltung der Unioersitäten getrieben werden soll, sind wir der Meinung, daß, solange diese Beschlüsse nicht aufgehoben werden, sogar die Frage zu erwägen sein wird, ob die Hamburger Unioersität überhaupt als gleichberechtigt mit den anderen Unioersitäten anerkannt werden darf.“ Und weiter: „Das unerkennbare Ziel dieser Unioersitätsbehörde, auch bei der Befragung der Professoren politische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken, statt lediglich nach Leistung und Bedeutung in dem betreffenden Fach des Lehrers Berufungen zu erlassen, muß das Grab jeder echten wissenschaftlichen Forschung und des Ansehens der Unioersitäten werden, die fast das einzige wertvolle Gut sind, das uns nach dem Zusammenbruch von 1918 noch übriggeblieben ist.“

Man weiß, was man von diesen Freiheitsbezeugungen zu halten hat. Wo waren die Fakultäten, als auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes kein Sozialist Unioersitätsdozent werden konnte. Wie haben sie das Recht auf freie Forschung verteidigt, als Dühring Leo Arons, ein Lehrer der Physik gemahregelt wurde — nur weil er Sozialdemokrat war? Geschwiegen haben sie, wie sie auch jahrzehntelang die Nichtberufung von Juden gebilligt haben. Freiheit wollen sie, ja, wo, die Freiheit der Junst, der Alike, der Anzucht.

Sie fühlen ihre Privilegien bedroht, weil jetzt auch einmal ein Sozialdemokrat und Jude Professor wird. Wenn nach der Meinung der hochgelehrten Herren einer zu Unrecht berufen wird, warum erheben sie ihre Stimme denn nicht und protestieren dagegen? Nicht nur in geheimen Eingaben, sondern ganz öffentlich. In Schweden wird jede Befragung einer Professorin in der Presse öffentlich debattiert, die Kandidaten passieren das Feuer der öffentlichen Kritik. Machen wir es ebenso und geben allen Beteiligten das Recht, dabei mit offenem Bistler zu kämpfen — auch den Fakultäten.

150mal „Wenn Liebe erwacht“. Vom Aussterben der Operette, vom Verjagen der neuen Operetten vor hier kürzlich die Rede. In der Tat gibt es täglich neue Beispiele dafür. Aber es gibt auch Ausnahmen. Das Theater am Rollendorfsplatz hat zwar mit seinem Zugstuf feinstenwegs die hohen Nummern von ehemals erreicht. Aber eine Serie von 150 Aufführungen ist schon etwas. Und was mehr ist: diese Operette überragt das übliche Niveau durchaus. Der Text ist frei von den allzu banalen Überheiten, die Musik von Eduard Könnike hat Melodie und Frische und Eigenart auch in der Orchesterwirkung. Die Aufführung hat Klang und Schmitz bis ins Kleinste, und alle haben ihren Anteil daran.

werben und allen Feinden ausgezeichnete Waffen für ihre Propaganda liefern. Aber das innerpolitische Ziel der Deutschnationalen würde damit erreicht, die „nationale Einheitsfront“ wäre hergestellt — gegen die Sozialdemokratie!

Die Kappe fällt immer auf die Füße, für die äußerste Reaktion bleibt die bürgerliche Sammlung gegen die Sozialdemokratie in jeder Situation der Weisheit letzter Schluss.

## Deutschnationales Judengeld.

Auf dem Deutschnationalen Parteitag in Hannover hat der Parteivorstand Hergt leidenschaftlich bestritten, jemals „Judengeld“ für die Deutschnationalen angenommen oder erbeten zu haben. Zur Illustrierung dieser Behauptung ist ein Brief von Interesse, den der ehemalige demokratische Parteivorstand Dr. Friedberg am 18. November 1919 in der Preussischen Landesversammlung vorlas und der von Herrn Hergt an einen jüdischen Herrn geschrieben worden war. Der Brief lautet:

Sie haben den bisherigen Verhandlungen des Hauptvorstandes über die antisemitische Frage regelmäßig beigewohnt und wissen über die Gründe, wegen deren das Programm sich auf die bezüglich der Konfession darin enthaltenen Punkte beschränken mußte, und über die Schwierigkeiten, zu einer präzisierten Fassung zu kommen, genau Bescheid. Ich kann daher meine Verwunderung nicht unterdrücken, daß Sie gleichwohl auf eine gegenwärtig unmögliche Lösung der Frage etwa in Ihrem Sinne, drängen. Viel wichtiger würde es mir erscheinen, wenn die Herren jüdischer Abstammung, die auf unserem Boden stehen und sich der Partei auch noch außen zurechnen, durch ihr Verhalten, durch ihre Propaganda und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die von ihnen erstrebte Stellung in der Partei und die Sicherung ihrer Interessen bei derselben erkämpfen. Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn ich auch von Ihnen statt der beiden Schreiben Beweise dafür erhalten hätte, daß Sie gleichfalls von der Wichtigkeit dieser Aufsaftung durchdrungen sind und sich entsprechend betätigen.

Inzwischen hat die Deutschnationale Volkspartei wohl Erfahrungen darüber gesammelt, daß man mit dem Antisemitismus noch bessere Geschäfte macht, und infolgedessen leugnet Herr Hergt mit erhobenem Schwurfinger ab, daß er ein Jahr zuvor bei Juden um Geld geschorrt hat.

Der A.N.D.-Hoch, Arbeitslosenratgeber erster Güte und Veranstalter des apferlicheren Durchbruchs durch die Bannmeile am 15. Januar, ist jetzt der Held des Tages bei Knüppelkundes Bogromhelden. Dort empfiehlt dieser Kommunist als einzig echte deutsche Arbeiterpolitik das hinausheben der Juden. So wird er feierlich wieder eingebucht. Hoch klingt das Lied vom schlichten Mann, hängt es auch nur mit Groschen an.

## Das Reichsmietengesetz.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen. Der Entwurf gibt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Miets. Für die Berechnung der gesetzlichen Miets wird von der im Juli 1914 vereinbarten Miets (Friedensmiets) ausgegangen. Eine Steigerung dieser Miets darf nur insofern erfolgen, als sie durch erhöhte Betriebs- oder Instandhaltungskosten notwendig geworden ist.

Um die Ausführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten zu sichern, wird dem Mieter das Recht eingeräumt, die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anzurufen, die unter Umständen die Durchführung ihrer Anordnungen erzwingen kann. Durch Verteilung der Kosten auf eine längere Reihe von Jahren sollen die Mieter davon geschützt werden, größere Mehrbeträge auf einmal zahlen zu müssen; andererseits soll eine Umarmung von Geldern in öffentlichen Kassen es dem Vermieter ermöglichen, die für große Instandsetzungsarbeiten erforderlichen Mittel tunlichst bald zu erhalten.

Der Entwurf bringt ferner Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretungen, die dem Mieter zur Seite stehen sollen und denen in gewissen Fällen neben und an Stelle des Mieters Antrags- und Aufsichtsrechte eingeräumt werden.

Künstler und Charakter. Der französische Maler Claude Monet, der älteste der noch lebenden Mitbegründer der impressionistischen Schule, der im November v. J. auf seinem 80. Geburtstag in ungetrübter Frische seinen 80. Geburtstag begangen hat, teilt mit seinem Landsmann Béranger die unüberwindliche Abneigung gegen jede Art offizieller Auszeichnung. Einem Mitarbeiter einer Zeitschrift erklärte der Maler: „Ich werde nicht wieder nach Paris gehen, das mich seit vier Jahren nicht mehr gesehen hat. Dazu fühle ich mich hier inmitten meiner Bäume, meiner Wiesen und Teiche zu wohl.“ Auf den Hinweis des Besuchers, daß man daran gedacht hat, ihm einen Sitz in der Akademie anzubieten, antwortete der Maler mit verächtlichem Lächeln: „Dazu bin ich zu alt, oder vielleicht auch zu jung. Man hat allerdings in dieser Richtung bei mir Schritte getan. . . . Ich habe in meinem ganzen Leben nichts mit offiziellen Dingen zu tun gehabt und ich werde Gidering nicht verlassen, auch wenn man mir einen Thron anbietet, und ich werde mich zu einem offiziellen Schritt, zu dem mich die mir zugeordnete Auszeichnung ja zwänge, nie entschließen, weil ein solcher Schritt im Widerspruch zu meinem ganzen Leben stehen würde.“

So sprich ein wahrhaft großer Künstler, der stets auch ein unabhängiger Mann geblieben ist. Es wäre gut, wenn seine Stimme auch im republikanischen Deutschland gehört würde. Wir sollten mit dem tschechischen Plunder der Akademikerei und der Auszeichnungen entschiedenen Schluss machen und diese absolutistische Gängelei und Spielerei abtun.

Die Wissenschaft in Rußland. Die „Krasnaja Gafeta“ („Rote Zeitung“) veröffentlicht einen Brief Prof. Einsteins an Prof. Fedorowitsch, worin er verspricht, die Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen der russischen und der deutschen Gelehrentwelt zu fördern. — Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, die wissenschaftliche Arbeit des Physiologen Prof. Pawlow zu fördern. Alle Werte dieses Gelehrten sollen in einer der besten Druckereien herausgegeben, seine Urheberrechte sowohl in Rußland als im Ausland geschützt und ihm eine erhöhte Lebensmittellieferung zugebilligt werden. (Diese Fürsorge für den berühmten Forscher, der bereits einmal totesagt war, kommt etwas spät. Pawlow hat — Ironie des Schicksals — speziell die Appetit- und Hungerphysiologie studiert.)

Wde, Examenstraße! Der „Bund der Erneuerung für wirtschaftliche Sitte und Verantwortung“ hat kürzlich an verschiedene preussische Minister die Anregung gerichtet, bei Prüfungen und Vorlesungen den Frackzwang abzuschaffen. Sämtliche Minister haben dieser Anregung sofort entsprochen. Es wird erwartet, daß sich alle Behörden und Prüfungsstellen im Reich dem Vorgehen Preußens anschließen. Jetzt wäre der Zylinder fällig!

Vorträge. Prof. O. Friedenthal spricht am Sonnabend, 7. Uhr, Georgenstr. 30/31, über „Erde und Menschheit“. — Leopold Schmidt hält im Schilleraal fünf Vorträge über Reichert, sein Leben und seine Werte. (Dienstag, 6 Uhr, Beginn 15. Februar.)

Gegen die Schöpfung der Vorlesungsgebühren hat sich die Vereinigung außerordentlicher Professoren an der Berliner Unioersität sowie der Landesverband Preussischer Privatdozenten ausgesprochen. (Die Studenten sind selbstverständlich auch dagegen.) Die vorgeschlagenen Gebühren (Retourneurs des Studiums, Erhaltung des Schreivachwums, Rückgang der Spezialbücher usw.) sind sicher erpöhr Natur. Andererseits kann bei dem allgemeinen Preisrückgang der Staat allein nicht zurückbleiben. Ein Ausgleich müßte gesucht werden.



# Groß-Berlin

## Wo bleibt die Bestätigung für Wilhelm Paulsen?

Zu dieser vor einigen Tagen bereits vom „Vorwärts“ aufgeworfenen Frage nimmt nunmehr auch die Kreis Lehrervereinigung, Ortsgruppe Berlin, in einem Aufruf wie folgt Stellung:

„Ritten in der Wablaaitation für den Sonntag, mitten in der allgemeinen Befürzung über die Pariser Forderungen droht eine der wichtigsten inneren Fragen Groß-Berlins so ganz langsam in der Versenkung zu verschwinden, die Frage nach der Bestätigung unseres neuen Stadtschulrats Wilhelm Paulsen aus Hamburg.

Gefinnungsgegnossen aller Parteigruppen, wenn irgendwann, so solltet ihr jezt eure Solidarität unverzüglich beweisen. Die Regierung ist drauf und dran, durch eine Verzögerungstaktik die Bestätigung für Paulsen hinauszuschieben. Man hofft, nach dem 20. Februar ohne viel Umstände über den Vertrauensmann der Berliner Arbeiter zur Tagesordnung übergehen zu können... Von der bürgerlichen Seite regnet es Proteste über Proteste gegen Paulsen Wahl. Jede kleine Gruppe von kirchlichen oder politischen Gegnern legt sich am Stammtisch zusammen und verläßt die bekannten mit tiefem und bösem vorgetragenem Einwände. Inzwischen seid ihr lächlich abesent auf Wahlgefechte und internationale Sorgen und seht totenlos zu, wie man Euch einen hohen Trumpf aus der Hand spielt! Wie ging es bei Döwenstein? 128 gekammelte Proteste zählten damals gegen 13 proletarische Zustimmung! Eltern, Lehrer, Jugendgegnossen, Parteivorstände! Die Stunde ist kostbar! Tut Euch sofort zusammen und gebt Eurer Meinung Ausdruck!

Die Berliner Arbeiter haben den bedeutendsten Vertreter des modernen Schulgedankens berufen. Paulsen soll für eure Kinder den ersten Grundstein legen für eine bahnbrechende Arbeit an unserem Schulwesen. In Euren Herzen glüht der tiefe Wille zu einer jungen proletarischen Lebenskultur, die über das veraltete Theater des Schulhaltens hinaus aus unserer jugendlichen Generation hervorwachsen soll. Es wäre ein schwerwiegendes schulpolitischer Fehler, wenn ihr Euch jetzt wieder an die Wand drücken ließt. Aus dem Proletariat werden die neuen Lebensformen herausströmen, vor allem die neue Schule! Geht es den Gegnern jezt, Paulsen abzuwürgen, so haben wir noch auf Ja re hinaus die Ideen und hohen Bildungsbestrebungen des 19. Jahrhunderts zu ertragen. Ihr seht den vernichtenden Rückgang rings um Euch! Ihr seht das erfolgreiche Vermöhen der Bürgerlichen, ein Neues aus Eurem Geiste nicht aufkommen zu lassen. Seit Jahrzehnten hat man Euch um eure Schulhoffnungen betrogen. Auf Jahrzehnte hinaus will man jede Remina eines neuzeitlichen Geistes aus der Schule verbannen. An Euch, Genossen und Genossinnen, ist es, kurz und bündig den Machtwillen des Proletariats kundzutun.

Nach uns gewordenen Mitteilungen dürfte die Bestätigung Paulsens in Bälde zu erwarten sein. Die lange Hinauszögerung liegt offenbar in der schleppenden Behandlung dieser Frage durch das Oberpräsidium.

Gleichwohl haben wir geglaubt, diesen Aufruf veröffentlichen zu sollen, um den konfessionellen und politischen Gegnern des Gewählten zu zeigen, welche Stimmungen ihr hinterhältiges Treiben auslösen.

## Neue Verstadtlungspläne.

Eine Zeitung Korrespondenz meldet: Die Verstadtlung des gesamten Berliner Anslaaufens und des gesamten Bestattungswesens ist vom Magistrat Berlin in die Wege geleitet worden. Mit dem Ankauf der Druckerei von Raud u. Hartmann wird sich die Stadtverordnetenversammlung schon in nächster Woche beschäftigen.

## Der Potsdamer Mörder verhaftet.

Gestern früh gelang es der Potsdamer Kriminalpolizei, den Mörder der Frau Peel zu verhaften. Es ist der 24 Jahre alte Schlosser Hermann G a b l, der bei seiner Mutter in Potsdam in der Janderstr. 23 wohnt. Gegen 6 Uhr morgens drangen Kriminalbeamte unter Führung des Kriminalkommissars Rüdtemann in seine Wohnung ein und legten ihm die Tat auf den Kopf zu. Nach stundenlangem Leugnen legte er gegen mittag ein völliges Geständnis ab: wie er sagt, hat er die Tat ganz allein, angeblich aus finanziellen Gründen, begangen. Er war gegen 1 Uhr mittag in der Wohnung der Frau Peel erschienen unter dem Vorwand, den Höhenapparat in der Redenzimmer zu schaffen. Er hat sein Opfer dann mit der rechten Hand an der Kehle gefaßt und es so erdürgt. Erst hinterher hat er das Totentuch um den Hals ge-

# Schweres Blut.

Roman von Juhua Uho.

Dahin ist sie, für immer dahin. Sie kommt nicht mit, wenn ich sie auch fände. Es ist so, wie die Mutter gesagt hat. Ich bekomme sie nicht mit Gewalt in mein Boot, wenn sie nicht gern will. Und allein kann ich nichts gegen sie und die anderen. Und wenn ich auch den Woff totschläge und meine Marja noch lebendig anträte — sie ist so kein Tier, kein Hund, den man an der Kette nach Hause führt. Ich mache sie mir nicht mehr zutraulich — so wenig wie früher. — Und da kam wieder die erschöpfende Mattigkeit über Juba, so daß er kaum noch Hause gehen konnte, und er sah tagelang auf der Bank mit dem Kopf in den Händen oder irrte mit bloßem Kopf, mit bloßen Füßen, ohne Ausdruck in den Augen, mit schlaff geöffnetem Munde auf dem Hof umher.

Dann kam er wieder so weit zu sich, daß er nach Beihachten sich nach einem Gehöft halbwegs zum Kirchdorf aufmachen konnte, wo dem Propst die Abgaben entrichtet werden mußten. Wenn er von dem einige Klarheit erhielt, wenn der doch zufällig irgendwie etwas erfahren hätte. Wenn er nur gewußt hätte, wie es dort stand — einerlei, wie es stand. Und noch einmal machte sich Juba auf, um seine Sache dem Propst auseinanderzusetzen, der sie getraut und ihnen Glück gewünscht hatte.

Der Propst sah an dem kalten, sternhellen Februar morgen im Vorderteil seines Postschlittens und fuhr vom Hof des Anwesens, wo die Abgaben entrichtet worden waren, auf das Eis, als er merkte, daß jemand hinten aufsprang.

„Wer ist das?“

„Ich, ich...“

„Ach, Juba. Nun, wie ist's? Ich wollte dich dort schon fragen, habe aber dann nicht mehr daran gedacht.“

„Ich habe hier gewartet. — Es ist beim alten.“

„Na, das ist aber eine Geschichte. Sie ist also nicht zurückgekommen?“

„Und kommt wohl auch nicht; sie sagen, sie wäre gern gegangen.“

Juba rebete da, bald neben dem Schlitten herrabend,

knüpfte. In der Wohnung des Täters wurde ein zweites Taschentuch gefunden, das ebenfalls mit „D.“ gezeichnet ist. Beide Taschentücher gehören seiner Mutter, sie wußte sie vor einiger Zeit durch Verwechslung bei der Wäsche erhalten haben.

## Politik und Judenfrage.

Ueber „die politischen Parteien und ihre Stellung zur Judenfrage“ sprach in einer nach den Epochenzeiten vom Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einberufenen Versammlung Reichstagsabgeordneter Dr. Schilling und Dr. Steiger, von denen ersterer seinem Vortrage die Anschauungen der demokratischen, letzterer die der christlichen Volkspartei (Zentrumspartei) zurunde legte.

Dr. Schilling wies darauf hin, daß die unglückliche Lage, in die die vortragezeitliche Diplomatie unser Vaterland gebracht habe, den Antisemiten dazu diene, für alles Unheil die Juden verant-

## Oeffentl. Wählerversammlung

am Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Kon-

fordia-Haus, Friedrichstr. 64.

Thema: Zusammenbruch oder Wiederaufbau und die preussischen Landtagswahlen.

Referenten: Staatssekretär Heinrich Schulz, M.D.R., und Reichstagsabgeordnete Klara Böhm-Schuch.

Landtagswähler erscheint in Massen!

wortlich zu machen, ebenso habe blinder Haß in mittelalterlichen Zeiten die Juden als Schuldige bezeichnet, wenn das Land von Seuchen oder anderen Leiden heimbesucht wurde. Heute sei man geneigt, auch die Demokraten als im Dienst des Judentums stehend zu bezeichnen, obgleich die Demokratie ein wirklich germanischer Gedanke sei. Sie erkenne den Juden die staatliche Gleichberechtigung unbedenklich an. Im Wirtschaftswesen wie auch im Geistesleben habe das Judentum zweifellos dazu beigetragen, unser Volk auf eine höhere Stufe zu bringen. Eine spätere Zeit werde das heutige antisemitische Treiben unbegreiflich finden. Wünschenswert sei allerdings, daß Deutschland von einer Ueberschwemmung israelitischer Volkes aus dem östlichen Europa verschont bliebe. Es müsse Sorge getragen werden, diesen Strom nach Ländern zu lenken, wo er sich gedeihlich ausbreiten könne. Der Völkerverbund solle planmäßige Siedelungen in die Hand nehmen. Heute bestehe es überall zur Einigkeit zu mahnen, keinen Klassenhaß, keinen religiösen Haß mehr zu dulden. (Lebhafte Beifall.)

Der Steiger hob hervor, daß schon Windthorst, der Gründer der Zentrumspartei, sich gegen alle Ausnahmegerichte ausgesprochen habe. Dieser Grundgedanke sei auch von der Partei stets befolgt worden. Von deutscher nationaler Seite sei freilich das Wort geprägt worden: in Deutschland müsse das alte Testament endgültig abgeschafft werden. Dann — so bemerkte Redner, würde es aber mit allen Religionslehren aus sein. (Lebhafte Beifall.) Denn ohne das alte würde das neue Testament seine Bedeutung verlieren. Hier bestehe die Brücke zu einer gemeinsamen Verständigung des Bürgeriums. Gegen Simultanschulen dürften sich nach seinen Erfahrungen schwere Bedenken wohl nicht ergeben. Sie könnten wohl allen Religionen gerecht werden.

In der folgenden Audiproche schloßen sich die Redner den Ausführungen der Vortragenden an.

## Protest der Tegeler Lazarettinsassen.

Eine Versammlung der Kriegsbeschädigten aus den Lazaretten zu Tegel tagte dort am Freitag, um gegen die Aufhebung dieser Lazarette und gegen die Ueberweisung der Insassen nach dem Uebergangshaus in der Alexandrinenstraße zu protestieren. Das Referat hatte der von den Vertrauensleuten zum Obmann gewählte Kamerad P e c h übernommen. Er wandte sich gegen die von der bürgerlichen Presse gebrachten Berichte über die bisherigen Versammlungen der Lazarettinsassen. Man habe die Vorgänge falsch oder übertrieben dargestellt und von „Sehern“ gesprochen. Solche Entstellungen weisen die Kameraden entschieden zurück. (Lebte Zustimmung.) Wie lassen uns mit unseren berechtigten Forderungen nicht abweisen, auch wenn man uns, die wir mit dem weißen Tode ringen, bestrafen will. (Beifall.) Auch gegen die Behauptung müssen wir schärfstens protestieren, daß zwischen dem Pflegerpersonal sowie zwischen Vertrauensleuten und Insassen der Anstalt große Uneinigkeit bestehe, ebenso dagegen, daß man nicht Obmann und Vertrauensleute vor dem Aufsichtungsbe-

schuß befragt hat. Wir haben volles Verständnis für die Anordnung des Hauptverorgungsamtes Berlin, in der gefaßt wird, daß die allgemeine Lage einen Abbau der Lazarette bedinge, müssen uns aber gegen eine Verschlechterung unserer ohnehin schon schlechten Lage wehren. Redner schildert die Nachteile, die den Kameraden durch das Uebergangshaus in der Alexandrinenstraße entstehen würden, und spricht sich entschieden für das Verbleiben in Tegel aus. Ein in diesem Sinne abgefaßter Schriftsatz sei dem Mitglied der Kommission für die Versorgung der Kriegsbeschädigten, Major von Hennig, bereits überreicht worden. Ferner tadelt Redner das Verhalten des ärztlichen Leiters der Tegeler Anstalt, Medizinalrats Dr. Saar, der den jetzigen Vertrauensleuten zu wenig Wohlwollen entgegen gebracht habe.

Nach dem Referenten sprachen noch Wandlerstein und Lange. Dann wurden folgende Forderungen aufgestellt: 100 Prozent Lohnerhöhung, 125 Mark pro Woche als Hausstandsgeld für Verheiratete, dazu für jedes Kind 25 Mark, einmalige Beihilfe von 500 Mark für Ueberheiratete, eine Entlassungssumme von 1000 Mark für diese und 1500 Mark für Verheiratete, ferner Verbleiben in der Tegeler Anstalt. Eine Kommission soll mit den Fraktionen der Linken des Reichstags verhandeln.

## Stromabschneidungen.

Wegen Nichtbeachtung der Schutzregeln für die Verwendung von Elektrizität in gewirtschaftlichen Betrieben (Ueberschreitung der Polizeistunde) ist auf Anordnung des Kohlenamtes Berlin die Elektrizitätslieferung an nachbezeichnete gewirtschaftliche Betriebe untersagt worden:

1. Leibnitz-Diele, Inhaber F. Dieb, Kurfürstendamm 61,
2. Weinrestaurant Quag Frig, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 95,
3. Restaurant „Reichsanaler“, Otto-Laut, Berlin SW., Porststr. 60,
4. Luther-Diele, Besitzer Oskar Schumann, Berlin, Luthstr. 23,
5. Odeon-Weinrestaurant, Charlottenburg, Joachimshaler Str. 41.

Das Kohlenamt Berlin weist erneut darauf hin, daß bei Ueberschreitungen der Schutzregeln für die Entnahme von Gas und Elektrizität in Gastwirtschaften die Gas- bzw. Stromlieferung an die betreffenden Betriebe ohne weiteres eingestellt wird.

Milchläche für Kinderheime. Der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen sind seitens der American Dairy Cattle Company in Chicago 25 Kühe für ihre Kinderheime zur Verfügung gestellt worden. Auch das Kraftfutter für diese Kühe wird, solange es notwendig ist, geliefert. Kühe und Futter sind Geschenke von deutsch-amerikanischen Farmern, die in hochherziger Heimatliebe zur Vinderung der Not insbesondere unter den deutschen Kindern beitragen wollen und noch viele Tausende von Kühen zur Verfügung halten. Es wird aber drüben erwartet, daß von hier aus alles geschieht, um die dortigen Hilfsbestrebungen nach Kräften zu fördern. Die Dairy Cattle Company ist die amerikanische Zentralfirma für die Vermittlung und Beförderung der gespendeten Milchläche, welche ohne Profile arbeitet und somit ein Wohlfahrtsunternehmen, das allein von dem Gebanken altruistischen Helfenwollens getragen wird.

Der erste Transport der amerikanischen Milchläche, zunächst 742 Stück, wird heute in Bremerhaven erwartet. Ueber einen großen Teil dieser Kühe ist in Amerika selbst verfügt worden, über den Rest hat der Deutsche Zentralauschuß für die Auslandshilfe verfügt, der im Einvernehmen mit den zuständigen Reichs- und Landeszentralbehörden und den ihnen angehörenden Charitativ- und kommunalen Organisationen nach eingehenden Erwägungen einen Verteilungsplan aufgestellt hat. Von der Gesamtzahl sollen je drei Kühe nach Berlin und nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, je zwei Kühe nach dem Freistaat Sachsen und dem oberlothringischen Industriebezirk, je ein Zwei- und Zwanzigstel nach dem Saarbrücker und dem Badenerberger Bezirk kommen. 50 Kühe sind für Wien bestimmt. Die Kühe müssen im Ausladehofen eine vierwöchige Quarantäne durchmachen. Mit einem besonderen Dampfer kommt Kraftfutter für das Vieh.

## Schuljahresbeginn im Frühjahr oder im Herbst?

Aus dem Reichsministerium des Innern wird mitgeteilt: Es ist niemals in Frage gekommen, im Wege reichsgerichtlichen Zwanges eine Gleichmäßigkeit herbeizuführen. Vielmehr haben auf Wunsch der deutschen Landesregierungen im Reichsausschuß unter Leitung des Reichsministeriums des Innern Verhandlungen stattgefunden, um auf dem Wege der Vereinbarung die von allen Seiten, besonders auch von der Reichsausschußkonferenz, anerkannten Schwierigkeiten zu beseitigen, die die heutige Verschiedenartigkeit des Schulbeginns für Eltern, Schüler und Schulverwaltungen mit sich bringt. Schließlich haben sich die Vertreter sämtlicher Landesregierungen für den Frühjahrsbeginn entschieden.

„Ach ja — weil es schneidet, als ob mir zwei Messer in der Brust herumgedreht würden. Nämlich, wozu das nur?“

„Wenn es darum wäre, weil du sie mehr als Gott geliebt hast?“

„Weil ich sie mehr —? oder also Gott weniger?“ Juba schrie fast auf. — „Weniger? Ach, lieber Herr Propst, ich habe Gott darum nicht weniger — eher vielleicht mehr...!“

„Mehr?“

„Nun, so wahr, wie — ich habe ihn ja gelobt und gepriesen... daß er mir ein solches Glück gegeben, mir zur Freude eine so Junge und Sanfte gegeben hatte.“

„Fürwahr, ein sanftes Weib ist ein Geschenk Gottes.“

„So ist's... die so warm und sanft war — wenn sie nur wollte.“

„Hättest doch nicht darauf sehen und dich darüber freuen sollen.“

„Aber ich habe darauf gesehen und mich gefreut. Und ich schäme mich nicht es zu sagen: jezt habe ich eine so nagende Sehnsucht danach.“

„Darin liegt aber nicht das Lob des Weibes.“

„Worin sonst?“

„In sittsamem Wesen und anderen Fähigkeiten.“

„Sie war auch sittsam — gerade genug, ja zu sehr. Und auch in anderen Fähigkeiten tüchtig — ein arbeitsamer Mensch.“

Der Herr Propst verfiel sich schon — habt selber eine Junge — solltet mich nicht tadeln!“

Juba ließ sich hinten von dem Schlitten abfallen und stand allein auf dem weiten See. Wieder war ihm Unrecht geschehen. Nein, nicht ihm, sondern Marja. Auch der Propst glaubte, daß sie gern gegangen war. Was habe ich mich auch hierher aufgemacht? Was habe ich ihn sagen lassen, daß es ihr im Blut liegt, der Russischen? Aber da er der gewesen ist, der uns getraut und uns die Hand gegeben und Glück gewünscht hat.

Aber, zum Teufel, er hat es wohl gar nicht in seinem Herzen gewünscht, wenn auch mit dem Mund! Wachte dies insgeheim gedacht und das gesagt haben. Woher wollte er wissen, daß Marja gern —? Etwas deshalb, weil sie eine Russische ist? Das mag ihm meine Mutter eingegeben haben, hat ihm, dem feilen Hund, wohl etwas zugesteckt, damit er so für mich spräche. Aber Marja ist nicht gern gegangen. Mit Gewalt ist sie weggeschleppt worden!

(Fortf. folgt.)

bald für eine kurze Weile auf die Schiene tretend, zum Propst, was die Ragd gesehen und was seine Mutter gesagt hatte: daß Marja gar nicht mit Gewalt fortgeschleppt, sondern daß sie gern gegangen sei.

Juba wartete und wartete, daß der Propst mit dem Beistehenstiel dreinschlagen und sagen sollte: ach was, das ist Weibergeschwätz, sie ist nicht gern weggegangen.

„Über der alte Propst erwiderte nichts. „Gern? Steht es wirklich so?“ Und er sah sie bei der Trauung vor sich, den alten Mann und das junge Weib, und erinnerte sich, wie er sie miteinander verglichen und gedacht, gezwiefelt, aber dann doch überlegt hatte: Vielleicht! Nun, weshalb soll es nicht ihr Glück sein können, da es unseres gewesen ist.“

„Da ihr uns Glück gewünscht habt,“ dachte Juba, im Schnee trabend, „habe ich mir gedacht, ihr hättet es ja, wenn ihr es nicht geglaubt hättet, nicht gewußt — ihr habt ihr wohl an den Augen abgesehen, was sie ist.“

Der Propst verstand nicht recht, was Juba meinte.

„Was sagst du?“

„Ich meinte nur, wenn ihr vermutet hättet, daß sie so was tun konnte, dann hättet ihr nicht die Hand gereicht — oder ja — ja, ich meine nur: glaubt ihr, daß sie es getan haben t a n n? Gewiß, gewiß kann sie, da sie eine Russische ist.“

„Ach ja, sie ist ja eine Russische.“

„Ja. Von dort ist sie. Wenn ihr Blut sie dorthin gezogen hat? Aber brauchte sie es denn darum?“

„So etwas kann wohl auch im Blute liegen — ich will nicht sagen, daß es so ist, aber es kann so sein.“

„Im Blut, gewiß, im Blut. Ja gewiß. Wenn sie es schon nicht besser verstanden hat.“

„Ich will's ja nicht behaupten, denn ich weiß es nicht — ich meine nur!“

Juba ging hinterher, hielt gar nicht mehr fest — da es auch nach der Meinung des Propstes sein konnte, war es wohl auch so!

„Ich meinte noch — wenn ich noch etwas sagen darf —“

„Seht euch hier auf den Ragd.“

„Es geht hier schon — ich meine, was der liebe Gott hiermit — was er gewissermaßen eigentlich damit gegen mich bezweckt — ich meine, weshalb er mich so strafft?“

„Siehst du es für eine Strafe an?“







## Aus der Partei.

Nach in Halle geht es aufwärts.

Der halle'sche Bezirksverband hat in der Woche vom 16. bis 23. Januar eine Werbeweche veranstaltet und dabei schöne Erfolge erzielt. Wir haben 1380 neue Abonnenten für die „Volksstimme“ gewonnen und 650 neue Parteimitglieder. Der Bezirk Halle, der nach der Spaltung der Unabhängigen Partei zu einer kommunistischen Hochburg wurde, ist für unsere Partei natürlich überaus schwierig zu bearbeiten. Wer diese Tatsache berücksichtigt, wird den Erfolg der Roten Woche als ein außerordentlich günstiges Zeichen für die zukünftige Entwicklung ansehen. Während es bisher außerordentlich schwer war, unter Arbeitern für unsere Partei zu werben, kann gesagt werden, daß von den neugewonnenen Parteimitgliedern

und Abkommen die meisten Arbeiter waren. Auch die Gründung von neuen Ortsvereinen gelingt heute in Orten, wo das bisher absolut nicht möglich war. Obwohl noch immer sehr starker Terror in den Betrieben, in denen die Kommunisten die Oberhand haben, ausgeübt wird, so merkt man doch, daß seine Wirkung immer schwächer wird.

In den Kreisen unserer Genossen zeigt sich nunmehr wieder ein erfreulicher Kampfsgeist an Stelle der Zurückhaltung, die sie bisher vielfach geübt hatten. So zeigen sich überall die besten Vorboten für eine stabile Aufwärtsentwicklung unserer ganzen Bewegung im Bezirk. Nicht sprunghaft, aber sicher geht es vorwärts.

Den höchsten Parteibeitrag erhebt der linksrheinische Bezirk Niederrhein-Krefeld. Männer zahlen 75 Pf. und Frauen 50 Pf. pro Woche. Den Frauen wird dafür die „Gleichheit“ geliefert.

Genosse Tular in Berlin. Der ehemalige tschechische Ministerpräsident, Genosse Tular, tritt heute seinen Posten als Gesandter in Berlin an.

## Jugendveranstaltungen.

Sonntag, den 6. Februar, vormittags:

Gesundbrunnen: Jugendheim Schule Götterburger Str. 2, Museumsbefuch. Treffpunkt 9 Uhr Normaluhr Bob. Cafe Schwedenstraße. — Reuenhagen: Wanderung Strausberg-Spitzmühle-Strausberg. Treffpunkt 4:30 Uhr Bahnhof Reuenhagen. — Roden: Jugendheim Schule Dübener Str. 28, Wanderung: Götter-Jungschule. Treffpunkt 10 Uhr. Gesundbrunnen (Glaseringang) 11 Uhr. — Schönhauser Vorstadt: Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 21, Wanderung: Bernau-Wehse. Treffpunkt 7 Uhr Bf. Schönhauser Allee. — Weihen-see: Jugendheim Volkshaus 1, Museumsbefuch. Treffpunkt 9 Uhr Unionplatz. — Westen: Jugendheim Volkshaus, Aufzählung 14. Wanderung: Oranienburg-Beilen. Treffpunkt Bülow, Cafe Potsdamer Straße, pünktlich 8:45 Uhr. — Köpenick: Jugendheim Volkshaus Potsdamer Straße. Befuch des Märkischen Museums. Treffpunkt 10 Uhr am Museum.

## Neueintragung

in die  
Brikett-Kundenliste vom 1. bis 10. Februar 1921

Falls Sie mit Ihrem bisherigen Kohlenlieferanten wechseln wollen, erlaube ich mir Sie auf mein in der

**Schierkestr. 31-34**  
sich befindendes  
**Kohlenlager und Holzplatz**  
aufmerksam zu machen.

Weise nochmals darauf hin, daß Kohlenlieferungen ins Haus prompt und reell wie bisher ausgeführt werden. Bei Selbstabholung ab Platz werden Handwagen zur Verfügung gestellt.

**Albert Lindner**  
Kohlengroßhandlung  
Neukölln, Schierkestr. 31-34  
an der Hermannstraße  
Fernsprecher Neukölln 470

# Das ist sie



die grosse Dose 10a

mit Banderole

die wir jetzt in den Handel bringen und welche

nur in

# Terpentinölware

(Friedens-Qualität)

In allen einschlägigen Geschäften zu haben ist.

## Tuchfabrik-Niederlage

von H. Lamprecht, Berlin-Deptow, Dönhofsstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Privat

## Pianos

besten, besten preiswerte Pianofortensysteme, Garantie, freie Lieferung, Wiener, Bösendorfer, Kautschuk, Kautschuk-Platz-Blöde.

## Kaufe Briefmarken und

Briefmarken, M.-Gladbach, Rheinl., Goethestrasse

## Metalldankanstelle

Osten, Gröber Weg 30

## Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

zahlt Tagespreise für  
Alumetalle  
Kupfer, Messing, Zink, Blei usw. kauft zum Höchstpreis Metalloink. Zehdeniker Str. 21 hint. Kas.-Theat. Kgl. 2050. Hausnummer achten. Für Händler günstig.

Höllner, Senfow, Glacopromesse 22.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg



## Herrenstiefel Damenstiefel

Netto-Preise

gut. Arbeits- und Strassenstiefel, solides Fabrikat	98.-	hocheleg. Leder-Spangenschuh, modern. Absatz	79.20
Besuchstiefel, echt R.-Chevr., eleg. Passform	148.-	solid. Strassenstiefel, in guter Lederarbeit	108.-
Gesellschaftstiefel, echt Boxkall, Ersatz für Mass..	198.-	schicker Gesellschaftstiefel, m. echt Lackkappe moderne Form	124.20

Konfirmandenstiefel besonders preiswert

# 10%

auf alle schwarzen Lederschuhwaren

# 30%

auf zurückgesetzte schwarze und farbige Lederschuhwaren

# 20%

auf Einzelpaare und Restbestände Grosse Auswahl

## Der Rabatt wird erst an der Kasse in Abzug gebracht

Der bisherige Preis ist auf der Sohle fest eingepreist

Schuhfabriken

# Tack

& Cie AG.  
Burg  
b. Magd. b. g.

SW, Friedrichstr. 240 41 NW, Wilsnacker Str. 22 O, Andreasstrasse 50 C, Rosenthaler Strasse 14  
W, Potsdamer Strasse 50 N, Brunnenstrasse 37 O, Frankfurter Allee 22 Neukölln, Bergstrasse 30-31  
W, Schillstrasse 16 N, Danziger Strasse 1 SO, Oranienstrasse 2a Charlottenburg, Wilmers-  
dorfer Strasse 122-23 / Pots-  
dam, Brandenburger Str. 34  
NW, Turmstrasse 41 N, Mäckerstrasse 3 C, Spittelmarkt 15

Man achte auf den Vornamen „Conrad“



Gute  
**Einsegnungs-Anzüge**  
liefert preiswert

# M. SCHULMEISTER

Dresdener Straße 4, Kottbuser Tor :: Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

## Theater, Lichtspiele etc.

**Opernhaus**  
**Walküre**  
3 Uhr

**Schauspielhaus**  
**Die Sterne**  
7 Uhr

**Deutsches Theater**  
8 Uhr: César und Kleopatra  
Stg. 2 1/2 Uhr: Scheiterhaufen  
8 Uhr: César und Kleopatra

**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr: Der pathetische Hut  
Stg. 2 1/2 Uhr: Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag.  
7 1/2 Uhr: Der pathetische Hut

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
7 Uhr: Zum 1. Male:  
Die Passion. (Auß. Abon.)  
Stg. 2 1/2 Uhr: Danton. (Auß. Abon.)  
7: Die Passion. (Auß. Abon.)

**Theater l. d. Königsplatz**  
Täglich 1/8 Uhr:  
**Jekaterina**  
**Iwanowna**  
(Lucie Höflich, Paul Bildt, Dornburg, Pröckl, Römer, Schlegel, Marba, Lehdorff)  
Sonntag nachm.: Rausch  
Nächst Mittw. neuinstudiert

**Der Vater**  
Drama von August Strindberg  
(Lucie Höflich, Ludw. Hartau, Frieda Richard, Gustav Böt, Ernst Dornburg, Eva Brock, Rudolf Jäger.)

**Komödienhaus**  
**Die Sache m. Lola**  
mit Max Paalenberg  
Sonnt. nachm.: Herr Minister

**Berliner Theater**  
**Nachtigall**  
Operette von Leo Fall mit  
**Fritzi Massary**  
Hans Wassmann, Emmy Sturm, Juffen Brandt, Reinhold Pasch, Olga Engl  
Stg. nachm.: Der letzte Walzer

**Central-Theater**  
**Die Postmeisterin**  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Rheingold  
7 1/2 Uhr: Die Töchterin  
Kl. Schauspielhaus  
**Reigen**  
Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Baroneschen Sarah  
Lustspielhaus  
7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in Die schwabende Jungfrau  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Hollandweibchen  
Neues Operntheater  
7 1/2 Uhr: Ya-Shi tanzt  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr:  
Beaumarchais u. Sonnenfels  
Schiller-Theat. Charl.  
3 Uhr: Don Carlos  
7 1/2 Uhr: Der Biberpelz  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Mascottchen  
Tham Nollendorfplatz  
7 1/2 Uhr: Am Tage des Gerichts  
**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Gänsefisch  
7 1/2 Uhr: Schwabenhochzeit  
Th. d. Kommandantenstr.  
7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar  
**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Geiger von Lugano  
**Residenz-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer**  
Hansel Arnsfeldt  
Sandrock, Valentin, Korff, Falkenstein, Otto, Mamelek.  
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:  
**Die Freundin**  
**Tranon-Theater**  
Heute- und folgende Tage  
7 1/2 Uhr:  
**Der große Erfolg**  
Carl Giewing in  
**Kammermusik**  
Lustspiel von H. Hagenstein  
**Kleines Theater**  
Unter den Linden 44.  
Täglich 1/8 Uhr:  
**Casanovas Sohn**  
Lustspiel von Rudolf Lothar.  
Eugen Burg, Mady Christians,  
Hans Albers, Heinz Schroth.  
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:  
Casanovas Sohn

**Schall und Rauch**  
im Großen Schauspielhaus  
Dir. Hans v. Wolzogen.  
Telephon: Norden 6643.  
Konz. 7 1/2 Uhr. Beginn 8 1/2 Uhr.  
Das große  
Februar-Programm  
u. a.:  
**Die Rose von Stambul**  
mit Mizzi Deform  
und Arnold Rieck

**Volksbühne** Theater  
2 1/2 Uhr: Vorstellung d. Klass. Th.  
Kabale und Liebe  
7. Das Käthchen v. Heilbronn

**Lessing-Theater**  
Heute und Sonntag 7 1/2 Uhr:  
**Ein idealer Gatte**  
Montag 7 1/2 Uhr: Plamme

**Deutsches Künstler-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungsreise**  
mit Max Adalbert und  
Trude Hesterberg

**Rose-Theater**  
**Johannisthener**  
7 1/2 Uhr:

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2  
Der neue Schlager!  
**Der Großfürst**  
Ein lustiges Stück aus dem  
Berliner Leben in 3 Akten.  
Berliner Humor! Berl. Typen!  
Sonntag 7 1/2 Uhr: Eine ideale Ehe.

**Folies Caprice**  
Am Oranienburger Tor  
Täglich 1/8 Uhr:  
**Pfeffer und Salz**  
Der schlaue Theophil  
Der Doppelgänger  
Telephon: Norden 8650

**Königstadt-Theater**  
Bahnhof Jannowitzbrücke  
Tägl. 7.30 Gala-Sänger  
im Ballsaal TANZ

**Circus Busch**  
H. Stosch-Sarrasani  
Todesfahrt durch d. tolle  
Schleife. Nur noch wenige  
Tage: Gret's Traum.  
Tägl. 7.30. Sonnt. u. Mittw.  
1 Uhr. Vorverk. Circus

**Apollo-Theater**  
7 1/2 Direktion: James Klein. 7 1/2  
Das große Ausstattungstück in 4 Bildern



**Madame Dubarry's Liebesleben**  
mit der weltberühmten  
**Saharet**  
als Gräfin Dubarry

Ueber 150 Mitwirkende! — Sonntag 3 1/2, das  
vollst. Stück mit Saharet. — Jeder Erwachsene  
1 Kind frei! — Vorv. ra. ab 10 Uhr ununterbroch.

Die Angestellten der  
**SCALA**  
LUTHERSTRASSE

**streiken nicht!**  
Allabendlich 7.30 Uhr  
beginnen die Vorstellungen  
**Billigste Eintrittspreise!**  
Nummerierte Sitzplätze  
von 1.— Mk. an, einsteig. Billettereur

**De-Ka**  
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65  
am Rathaus  
Intime Musik 1:1 Neu renoviert  
Eigene Konditorei

**Möbel auf Bar oder Kredit**  
zu den billigsten Preisen u. leichtesten  
Bedingungen. — Preis auch anstands.  
**Möbel-Groß**  
Große Frankfurter Straße 141  
Invalidentr. 5, Eingang Alterstr.

**Nutzen jeder Art:**  
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,  
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,  
Feldschmieden und Ambosse  
sowie alle Lager lieferbar  
**Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,**  
Stippelweg 12072. Ecke Veltzowstraße. Telephon 12075.

**Brillanten Perlen, Smaragde**  
auch ganz kostlos, lauft zum höchsten Kurs  
**W. Weisager,**  
Leipziger Straße 112, Eingang Waisenstraße

**Neueintragungen**  
in die  
**Britt-Kundenliste**

werden in meinen Bureaus in der Zeit  
vom 1. bis 10. Februar 1921 täglich außer  
Sonntags von 8—5 Uhr entgegengenommen

Die Wahl eines leistungsfähigen Kohlenhändlers ist für  
Ihre Brennstoffversorgung für das ganze Jahr von größter  
Bedeutung. — Handwagen für Selbstabholung stehen zur  
Verfügung, auch wird jedes Quantum frei Haus geliefert

**Otto Wirsich**  
Kohlenhandlung  
2015B\*  
Berlin, Yorkstraße 57 Telephon: Amt Lützow 5609  
Neukölln, Knesebeck-, Ecke Walterstraße  
Telephon: Amt Neukölln 1610

Zur prompten Belieferung ganzer Häuser  
halte ich **Sammel-Kundenlisten** bereit

Große, schenswerte  
**Möbel-**  
**Ausstellung**

**Speisezimmer, Herren-**  
**zimmer, Schlafzimmer**  
**Wohnzimmer, Wohn-**  
**salons, Dielen, Küchen**

Einfache, mittlere u. vornehmste  
Ausführungen in allen Preis-  
lagen und bester Verarbeitung.

Besichtigung-lohnend und erwünscht.  
**Herabgesetzte Preise.**

Kloßfessel und Garnituren in  
Leder, Cord und Gobelin. Knopf-  
möbel jeder Art. Einzel-Möbel.  
== Beleuchtungsgegenstände ==

**M. Schlewinsky & Co**  
Berlin C. Dirksenstraße 31  
am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Waisenstraße

**Wohnungs-Austausch**  
Spedition (gegr. 1851) Lagerhaus  
**A. SCHXFER** 173.8\*

**Möbel-Transporte**  
Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 36  
Lange jährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

Darüber freut sich jedermann:  
**Den Anzug baut auf, Ab und An**  
Der Schneider Julius Fabian  
Gr. Frankfurter Str. 37 nur II. Etage

**Vereinigung der Rechtsfreunde**  
Berlin N. 24, Friedrichstraße 127, nahe Reichstr.  
**die Rechtsanwaltschaft des großen Publikums**  
— Frageabteilung — Sprechzeit 9—5  
Büder über 125 000 Ratfahende.

**Spezialarzt Dr. med. Coleman**  
Friedrichstr. 91/92, II (Ecke Dorotheenstraße)  
Haut-, Hals- und Geschlechtsleiden, Sex. Neurasthenie, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, salvarsankuren, Behandlung ohne Berufsstrafe  
prechstunden 10—1. 5—R. Sonntags 10—12. 184/10\*

## Oberlandesgerichtsrat

aufred. hochgebildete Rechtsberatung, Klärung schwieriger Fälle, Ehe, Waisen, Verzinsungssachen, Exekutivdingen, Potsdamer Str. 113, Eilich 9194, Direktor Fabisch.

**Neue Berliner**  
**Genossenschafts-Bäckerei**  
Einget. Genossenschaft m. b. H.  
**Reinholdendort-Ost**  
Willestr. 62.  
Sonntags, den 19. Februar,  
7 1/2 Uhr, im Versammlungssaal  
der Bäckerei:  
**Generalversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und  
Aufsichtsrates.  
2. Bericht über die Gattungs-  
weise gerichtliche Revision.  
3. Berichtigung der Bilanz und  
Befreiung über dieselbe.  
4. Auswahl des Vorstandes und  
des Aufsichtsrates  
5. Statutenänderungen und  
Einzüge. 187/16  
6. Verschiedenes.  
Die Bilanz liegt im Kantor  
für die Genossen zur Einsicht aus.  
Der Vorstand.

Tausende befreit!  
**Bandwurm**  
mit Kopf  
Spul- u. Madenwürmer:  
befreit leicht u. schnell das  
unabhängig. **Medico-Band-**  
**wurmmittel**, 20jährige Ge-  
folge für erm. 10.—, für  
Stad. 12.50 (Aktionserg.).  
Echt und wirksam nur mit  
Marke „Medico“. Wo nicht  
erhältlich, wende man sich an  
**Otto Reichel, Berlin 43,**  
60, Lindenstraße 4.

**Reconvaleszenten**  
Blutarme und Kranke trinken  
**Santa Lucia**  
Vierger  
SBBWola  
Depot: Bergstr. 34, Nord. 1. 4938

**Kupfer, Rotgüß**  
**Messing, Blei**  
kauft

**Wiener**  
Patscher Str. 30, I  
Hirbachstr. 4, Hof  
**PANKOW:**  
Wollankstraße 31  
und  
**Tütel**  
Schivelbeiner Str. 5

**Möbel**  
zu bedeutend  
herabgesetzten Preisen  
**Bar oder Teilzahlung**  
bei kleinsten An- u. Abzahl.  
Bgl. Wohnungseinrichtung.  
Schlafzimmer, Wohnzimm.  
Herrenzimmer, Speisezimm.  
Bunte Küchen  
Einzelne Möbel  
Liefere auch n. auswärt.  
Lagerung kostenlos.

Bei **Husten**  
Heiserkeit, Asthma  
und Lungenleiden ist  
San-Rat  
Dr. Wegschelders  
**Brust-Tee**  
nach Ord. -Vorschrift  
eit. Jahren ärztlich  
empfohlen u. bewährt.  
Pakete zu 3.— u. 9.50.  
Elefant - Apotheke  
Berlin N. 213, Leipziger  
Straße 74, Dönhofsplatz

**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 68  
5 Min. vom Alexanderplatz.  
Füllino: Badstr. 47-48.  
1 Min. v. Bhl. Gesundbr.

**Stellenangebote**  
Erfahrene  
**Einrichter**  
auf Brown- und Schappe-  
Automaten stellt sofort ein  
**Optische Anstalt**  
**C. P. Goerz A.-G.**  
Berlin-Friedenau,  
Weißungen im West. Zehlendorf  
bei Herrn Meissel. 770

**Lokalredakteur**  
mit journalistischer Erfahrung  
und kommunalpolitischen  
Kenntnissen für den „Vor-  
wärts“ gesucht. Bewerbungen  
an den Verlag, Lindenstraße 3

Per sofort gesucht in Posenstraße Nähe Berlin  
**tüchtiger Werkzeugmacher**  
erfahren in Bau von Lehren jeder Art, vertraut mit dem  
Befeh. der Härtel, mit guter Schulbildung, als feib-  
händiger Bearbeiter. Persönliche Vorstellung bis 6 Uhr bei  
**Auto-Kombinator G. m. b. H., Berlin, Reichstr. 22.**

**Tüchtige**  
**branchekundige**  
**Verkäuferinnen**  
für  
**Seidenband**  
sollort gesucht  
Meldungen: 12—2 Uhr mittags  
5—6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
Brunnenstraße 19/21

**Tüchtiger Altfeisenhändler**  
von Berliner Feisenhandlung per sofort gesucht.  
Ruz Dember, die schon länger Zeit in der Altfeisenhandlung  
als Sortierer tätig waren und vollkommen vertraut sind, wollen  
sich melden unter N. 18 an die Hauptredaktion d. „Vorwärts“.



## Pilsudski in Paris.

Paris, 4. Februar. Marschall Pilsudski ist gestern vormittag in Paris eingetroffen. Auf einem vom Präsidenten der Republik zu Ehren des Marschalls Pilsudski gegebenen Festessen brachte Pilsudski einen Trinkspruch aus, in dem er auf die traditionelle Freundschaft zwischen dem französischen und dem polnischen Volke hinwies und die zwischen Frankreich und Polen bestehende Entente eine der festesten Friedensgarantien für Europa nannte. In seiner Antwort sagte Pilsudski u. a., Polen sei sich vollkommen der friedlichen und zivilisatorischen Mission bewußt die ihm seine Lage in Osteuropa auferlege und die der Frankreichs im Westen entspreche. Er erblicke in der fruchtbarsten Zusammenarbeit der beiden Länder ein Unterpfand ihrer Sicherheit und die Befestigung der Herrschaft des Rechts in Europa.

Der polnische Außenminister Sapieha erklärte den Vertretern der Presse u. a.:

Ein Militärabkommen zwischen Frankreich und Polen ist noch nicht reif, die Notwendigkeit einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen jedoch unbestreitbar, und sie muß meiner Ansicht nach bald verwirklicht werden. Wenn Polen nicht gut bewußt ist, so steht es außer Frage, daß es erneut von dem Bolschewismus angegriffen werden muß. Wenn wir jedoch eine solide Armee haben, so verringert sich diese Gefahr. Der Vertrag von Riga wird bald unterzeichnet werden. In den meisten Punkten ist ein Abkommen hergestellt. Es bestehen in Details Meinungsverschiedenheiten, die uns viel Zeit verlieren lassen.

Wir können nicht von schlechten Absichten der Sowjetregierung sprechen, aber diese zeigt keine Eile, um den Friedensschluß herbeizuführen. Sapieha erklärte sodann, es stehe außer Zweifel, daß die Mehrheit in Oberschlesien für uns ist. Wir sind uns über den Ausgang des Resultats der Abstimmung (Übermittlungsfehler oder Doppelmehrheit?) sicher und wir sind überzeugt, daß alles ohne Zwischenfall vor sich gehen wird, denn wir sind durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages gesichert.

Zum Schluß erklärte Sapieha: Polen beabsichtigt nicht, eine antideutsche Politik zu betreiben. Dank dem Beistand der Alliierten sei Polen keiner größeren Gefahr ausgesetzt. Polen will eine friedliche Rolle spielen und in guten Beziehungen mit seinen Nachbarn und den Alliierten leben. — General Sosnowski, der polnische Kriegsminister, bestätigte dies und fügte hinzu, daß 50 Prozent der polnischen Effektive demobilisiert worden seien.

Paris, 4. Februar. (U.) Das „Petit Journal“ meldet, daß Marschall Pilsudski im Hotel Grillon eine eineinhalbstündige Besprechung mit Pilsudski hatte.

## Krise in Ungarn.

Wien, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der ungarischen Nationalversammlung ist es aus Anlaß einer Abstimmung in der Königsfrage zu einer Regierungskrise gekommen. Die Legitimisten planten einen Vorstoß zugunsten der Wiedererhebung König Karls. Um dem zuvorzukommen, hatte die Partei der kleinen Landwirte die Regierung aufgefordert, klar und deutlich auf den Standpunkt der freien Königswahl zu stehen. Ministerpräsident Teleki antwortete ausweichend und verbot unter Hinweis auf die außenpolitischen Gefahren (Venedig-Rede) die Entscheidung der Königsfrage auszuschieben. Bei der Abstimmung blieb die Regierung mit 25 Stimmen in der Minderheit. Damit ist eine Krise entstanden, die nur durch Austritt der Regierung oder durch Auflösung der Nationalversammlung beigelegt werden kann, falls nicht die Legitimisten durch einen Putsch die Angelegenheit auf ihre Weise erledigen. Das Abstimmungsergebnis selbst bedeutet eine Niederlage der ungarischen Aristokratie und einen Sieg der kleinbäuerlichen Elemente, in deren Reihen sich übrigens auch zahlreiche republikanisch Gesinnte befinden.

## Vergebliche Proteste.

Frankfurt a. M., 3. Februar. Laut „Frankfurter Zeitung“ meldet der „Tempo“ aus Koblenz: Der hohe Kommissar sind drei Proteste des deutschen Kommissars für das besetzte Gebiet gegen drei Verfügungen der hohen Kommission zugegangen. Die Proteste betreffen 1. die gerichtlichen Maßnahmen, die getroffen werden, um die schuldige Achtung vor den Mitgliedern der Befehlsmacht und der hohen Kommission, den Fahnen und militärischen Abzeichen der Alliierten zu sichern; 2. die Aufnahme der Hilfsquellen, die dazu dienen müssen, um den militärischen Bedürfnissen im besetzten Gebiet zu genügen; 3. die Strafmaßnahmen gegen den Versuch und die Teilnahme an Verbrechen oder Delikten gegen die Sicherheit der alliierten Heere.

Die hohe Kommission antwortete dem deutschen Kommissar, die Verfügungen seien hinsichtlich der Rechtsfrage als auch der Bedürfnisse der Heere und der Lage im besetzten Gebiet Gegenstand eingehender Prüfungen gewesen. Infolgedessen könne seiner Forderung in keiner Weise entsprochen werden.

## Weltfriedenskonferenz in New York?

London, 4. Februar. (U.) Die „Times“ meldet, daß Harding für den 4. April, also vier Wochen nach Eintritt seiner Präsidentschaft, den konstituierenden Kongreß der Weltfriedensvereinigung (World union of peace) nach New York einberufen hat, zu dem auch Deutschland und Österreich eine Einladung zugehen wird.

## Die Kriegsverbrecher.

Ueber bevorstehende Verhandlungen gegen Kriegsverbrecher wird der D. N. gemeldet: Das Reichsgericht hat bezüglich der ersten elf von der Entente namhaft gemachten Kriegsschuldigen nacheinander das Vorverfahren zum Abschluß gebracht. In vier Fällen ist es zur Erhebung der Anklage gekommen. Die Verhandlungen sollen, wie verlautet, im März beginnen.

Ein sozialdemokratischer Arbeitsminister in Baden. Zu Beginn der gestrigen Sitzung des badischen Landtages wurde der sozialdemokratische Stadtrat von Freiburg i. Br., Wilhelm Engler, zum Arbeitsminister gewählt. Die Sozialnationalen waren bei der Abstimmung im Saale nicht anwesend.

Verhaftungen „illegaler“ Organisationsleiter. Die Polizei in Frankfurt a. M. verhaftete gestern, wie B. F. W. meldet, 14 Personen, darunter einige Führer der kommunistischen Partei und illegale Kampforganisationen, und beschlagnahmte Material. Es handelt sich wohl überall um dieselbe Gattung: die auf dem Papier stehende „rote Armee“, die weder Soldaten noch Waffen hat.

Der Streik in Leverkusen. Folgenden Schlichterspruch fällt der Bezirkslichtungsausschuß der chemischen Industrie in Köln: Der Eintritt in den Streik bei den Farbwerken normals Friedrich Bayer u. Co. in Leverkusen stellt einen schweren Tarifbruch dar.

# Hilfe den Kriegsoptionen!

(Reichstag; Schluß aus der Abendausgabe.)

Ein Gerichtsverfahren gegen den Abg. Wittwisch (U. Soz.) wird eingestellt. — Es folgt die Beratung eines Interfraktionellen Antrages Müller-Franken (Soz.) und Geisler.

## Die Teuerungszulagen und das steuerfreie Einkommen der Kriegsbekämpften

zu erhöhen. Abg. Albrecht (U. Soz.) begründet einen Antrag auf weitere Erhöhung dieser Ziffer.

Abg. Meier-Zwickau (Soz.): Wir waren der Meinung, daß der Antrag zugunsten der Kriegsbekämpften seinen Anlaß zu parteipolitischen Auseinandersetzungen geben, sondern alle Parteien in dem Bestreben, wirklich zu helfen, einigen würde. Ein

### Schwerpunkt der Unzufriedenheit

der Kriegsoptionen ist es, daß sie heute noch nicht wissen was sie zu erhalten haben. In den Versorgungsämtern darf sich nicht der alte militärische, sondern muß ein neuer sozialer Geist herrschen. Der Reichsbund der Kriegsbekämpften hat hier die Bildung eines Ausschusses angeregt; unser Ausschuß hat seine Wünsche entgegengenommen und dann darüber verhandelt. Er war sich darin einig, daß die Bedeutung des Gesetzes in seiner möglichst schnellen Durchführung bestehe. Würde man eine völlige Reform vornehmen, so würde das bedeuten, daß die Kriegsoptionen noch 1½ bis 2 Jahre warten müßten. Die Unabhängigen, die hier so große Töne reden, haben im Ausschuß überhaupt keinen Antrag gestellt. Mit uns ist ein großer Teil der Kriegsbekämpften der Meinung, daß es vielen Hunderttausenden in Deutschland noch bedeutend schlechter geht als ihnen, namentlich den Bekämpften, die es schon vor dem Kriege waren. Das Gesetz ist kein Entschädigungsgesetz, und das wäre es auch nicht, wenn man dem Antrag Albrecht entspricht, sondern es ist ein Fürsorgegesetz. Im Interesse einer möglichst schnellen Hilfe für die Kriegsoptionen bitte ich um Annahme des Antrages.

Abg. Thomas (Komm.): Uns geht der Antrag der Unabhängigen nicht wagen.

Abg. Andre (Z.) ist für den Antrag Müller. Die Abg. Bruhn (Dnat.), Ziegler (Dem.), Adams (D. Vp.), Schwarzer (Vap. Vp.) polemisieren gegen den unabhängigen Antrag, der das Reich unerträglich belasten würde und nur aus agitatorischen Gründen gestellt sei. — Dann schließt die Aussprache. — In der Abstimmung wird der unabhängige Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und darauf der interfraktionelle Antrag einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann eine Interpellation der Mittelparteien, die auf die besondere Gefährdung des Handwerks, Kleinhandels und sonstigen Gewerbes hinweist. Abg. Lange-hegermann (Z.) begründet die Interpellation.

## Weißenseer Kommunistenprozeß.

Als erster Zeuge wurde der Bureauchef Fall vernommen, der bekanntlich seinerzeit nach seiner Verhaftung im Polizeipräsidium sehr genaue Angaben über die R. D. Weißensee gemacht hatte, auf Grund deren die einzelnen Beteiligten von der Polizei verhaftet und gegen sie Anklage erhoben wurde. Heute erklärt Fall, daß ihm damals alle Geständnisse abgepresst worden seien und daß er alles widerrufe.

Von den heutigen Angeklagten kenne er nur Ziegler und Laidin persönlich, da er sie einmal auf dem Arbeitsnachweis getroffen habe. Im übrigen will sich Fall gar keiner Einzelheit mehr entsinnen. Ebenso will auch der Zeuge Dolin alles vergessen haben. Der dritte Zeuge, der Müllerscher Erich Krüger, der bekanntlich bei dem Feuergefecht in der Grellstraße verwundet wurde und in der ersten Verhandlung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, leidet an derselben Gedächtnisschwäche, wie die anderen Zeugen. Er kennt weder eine R. D., noch will er angeblickt wissen, wie er im August in die nächtliche Schießerei bei der Missionstraße hineingeraten ist. Er bleibt bei diesen Behauptungen, obwohl ihm vom Vorliegenden und vom Staatsanwalt entgegengehalten wird, daß er auf der Polizei, von dem Untersuchungsrichter und in dem ersten Prozeß sehr präzise Angaben gemacht hat.

Der nächste Zeuge, der Tischler Ernst Schulze, der im ersten Prozeß freigesprochen wurde, bekundet, daß er nach dem Kapp-Putsch Zugführer in der Roten Armee gewesen sei. An dem Unternehmen am 19. August sei er nicht beteiligt gewesen. Justizrat Broh bemerkt hierzu, daß die kommunistische Partei bereits am 5. April 1920 die Auflösung der Roten Armee beschlossen habe und die Beteiligung an den Sportvereinen abgelehnt habe. Gastwirt Dröger, der frühere Inhaber des Wirtshauses „Zum Prälanten“, und der Arbeitsbursche Zillinski wollen alle Vorgänge, die mit der Kampforganisation und der Erschießung des Wachtmeisters Schwedowski in Verbindung gestanden haben, vollkommen verassen haben.

Zeuge Michaelis, der in der ersten Verhandlung als Hauptangeklagter verurteilt wurde, will keinen der heutigen Angeklagten kennen. Nach seiner Schilderung sei die Erschießung des Wachtmeisters Schwedowski und die Nachricht von dem

### Waffenlager in der Missionstraße

auf die Tätigkeit von Polizeipikeln zurückzuführen. — Bedinglich der Zeuge Lips gibt auf eine Frage des Vorsitzenden zu, daß er Mitglied der Kampforganisation gewesen sei. Auf einen warnenden Zuruf verbeißt er sich jedoch sofort und behauptet: „Ich meine natürlich, Mitglied der Propaganda-Organisation.“ — Vors.: Waren Sie an den Vorgängen des 19. August mitbeteiligt? — Zeuge: Ja, doch, aber ich habe nichts gesehen. — Vors.: Wissen Sie, daß Ihre Organisation damals Waffen aus dem Laubengänge holen sollte? — Zeuge: Ja, das kann schon sein. — Vors.: Wer begleitete Sie von Drögers Lokal nach dem Laubengänge? — Zeuge: Krüger und Fall. — Auch dieser Zeuge will von den heutigen Angeklagten niemanden kennen, obwohl ihm vorgehalten wird, daß er selbst angegeben habe, der Angeklagte Arndt habe ihn begleitet.

Unterwachtmeister Josephowich gab dann eine sehr ausführliche Schilderung der Vorgänge bei der Missionstraße und bekundete, daß er damals den Zeugen Lips festnahm, der in der ersten Ueberraschung seine Mitschuldigen verteilte.

Justizrat Broh beanstandete, daß der Vorsitzende diesen Zeugen nach der alten religiösen Formel verurteilt habe, ohne den Beamten zu fragen, ob er damit einverstanden sei. Es sei doch möglich, daß ein moderner Polizeibeamter den eihischen Eid vorgebe, weil er nicht an Gott glaube.

Gutsdächter Haukestein bekundet, daß am 8. August 1920, um 14 Uhr morgens, etwas 30 Mann mit Revolvern bewaffnet, ihm und seinem Kollegen die Gewehre wegnahm, indem sie sagten, sie bräuchten sie in der nächsten Zeit. — Zeugin Broh sagt aus, daß sie mit Ziegler am 19. August die ganze Nacht in der Wohnung der Bräutlichen Eheleute zusammengewesen sei, was die Eheleute Dräke bestätigen.

Kriminaloberwachmeister Schiller vom Polizeipräsidium bekundet, daß er die in dem Vernehmungprotokoll Dolins enthaltenen Namen der Angeklagten Conrad, Laidin und Vogé erst von Dolin erfahren habe. Der Name Karl Ziegler sei schon in dem Protokoll des Fall erwähnt worden. Er, Schiller, habe diese Namen vorher

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Es ist richtig, daß Handwerk und Kleingewerblicher Mittelstand durch die Kriegsoptionen besonders gelitten haben, weil sie keine genügenden Kapitalreserven ansammeln konnten. Außerdem wird es dem Mittelstand sehr schwer, die erforderlichen Betriebskapitalien aufzubringen. Den Wünschen auf Befreiung des Handwerks an staatlichen Aufträgen werde ich möglichst nachkommen. (Beifall.) Eine große Rolle spielt auch unser Kohlenland. In einem Augenblick, wo in Frankreich und Belgien Ueberfluß an Kohlen herrscht, werden uns ungeheuerliche Forderungen überreicht. Darunter muß auch das Handwerk leiden. Ich werde aber auf eine bessere Verbindung zwischen dem Reichsoberhaupt und den Handwerkerverbänden hinwirken. Sehr begrüßenswert ist

### der Aufschwung des Genossenschaftswesens.

der uns zeigt, daß das Handwerk bereits den Weg der Selbsthilfe beschritten hat. Zur Förderung der Qualitätsarbeit will ich versuchen, die schlimmsten Folgen des Luxussteuergesetzes abzuwenden.

Abg. Hähnisch (Soz.): Man hat die Sozialdemokratie mit Unrecht beschuldigt, den Niedergang des Handwerks mit verursacht zu haben. Die großkapitalistische Entwicklung, durch die das Handwerk zurückgedrängt ist, kann nicht aufgehalten werden. Wir halten den Mittelstand für durchaus existenzberechtigt, wo er wirtschaftliche Notwendigkeiten erfüllt. Die politischen Freunde der Interpellanten sollten ihren Einfluß bei der Großindustrie dahin geltend machen, daß die Industrie den Mittelstand nicht in so rückwärtsgeringer Weise bekämpft. Durch rückwärtslose Einziehung der Besitzsteuern wird der Mittelstand am besten entlastet. Einig bin ich mit den Interpellanten darin, daß mit einer Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung dem Handwerk durchaus nicht geholfen wäre. Bei dem Wiederaufbau der Wirtschaftskörper muß Handwerk und Kleingewerbe die entsprechende Vertretung erhalten; einen Abbau der Gewerbesteuer machen wir nicht mit. Gegen die Umsatzsteuer, die für den Mittelstand verheerend wirkt, sind wir immer aufgetreten. Bei freier Wirtschaft würde das Großkapital den Handwerkern die Rohstoffe fortnehmen.

### Die Zunahme der Lehrlinge

muß Beforgnis erregen, wenn man weiß, wie oft die Ausbildung ausbleibt. Man kann geradezu von einem Lehrlingsunwesen sprechen. Die meiste Schuld am Niedergang des Handwerks hat der Krieg und diejenigen, die ihn verursacht haben. Diese Folgen werden durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht beseitigt; erst mit einem Aufbau des ganzen Wirtschaftslebens kann auch der Mittelstand gefunden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte schließt die Aussprache. — Ein interfraktioneller Antrag, die Zahl der Schriftführer auf 12 zu erhöhen, wird ohne Aussprache angenommen. Eine Reihe von Positionen wird debattelos erledigt.

Wittwisch, den 23. Februar, 3 Uhr: Etat des Reichsministeriums des Innern, Etat des Reichsordnungsministeriums. Schluß: 7 Uhr.

nicht gekannt. Er habe nur niedergeschrieben, was ihm die Verhafteten mitgeteilt haben. Auch auf die mehrfachen Einwendungen der Verteidiger bleibt Schiller dabei, daß er den Namen Ziegler weder vorher gehört, noch gelesen, noch daß ihm bei der Vernehmung von Fall und Dolin irgend welches amtliches Material über die Affäre vorgelegen habe.

Kriminalkommissar Rastak vom Polizeipräsidium bekundet, daß er dem Fall die Namen jedenfalls nicht in den Mund gelegt habe. Auf Einwendungen der Verteidiger erklärt Kriminalkommissar Rastak: Fall hat mir über die verschiedensten Sachen, die mir vorkommen neu waren, durchaus präzise und später bestätigte Angaben gemacht. (Der Zeuge führt Beispiele an.)

## Rassibet im Gerichtssaal.

Eine Sensation gab es, als plötzlich Staatsanwalt Ramin sich erhob und erklärte: Wir sind hier soeben vom Justizwachmeister Zettel überreicht worden, die man im Vorlauf gefunden hat. Die Zettel sind von dem Zeugen Fall geschrieben und offenbar an den Angeklagten Ziegler gerichtet. Vors.: Was steht auf diesenzetteln? — Staatsanwalt Ramin (verlesend):

„Von mir bist Du nicht befreit. Ich kenne Dich nur von der Partei her. Meine Berechnung am Alexanderplatz ist ja nun alljährlich wiederholt worden. Im Sportklub waren nur Michaelis und ich. Du hast alles für Quatsch gehalten, nun mußt Du Dich vorsehen, weil Du doch Dolin und General belastet haben. Es ist nur gut, daß dieser Prozeß hier gegen die R. D. vor dem Nordprozeß Schwedowski behandelt worden ist, denn das Urteil aus diesem Prozeß ist ja unumstößlich. Das ist wichtig, denn, wenn Speckmann mit seiner Anklage jetzt kommt, ist es für eine Belastung zu spät.“ (Große Bewegung im Saal.)

Vors.: Fall, haben Sie das geschrieben? — Zeuge Fall: Es ist wohl meine Handschrift, aber ich weiß nicht, wann ich das geschrieben haben soll. — Vors.: Herr Zeuge, das Schicksal dieser fünf Angeklagten liegt in Ihrer Hand. Sagen Sie die Wahrheit und schildern Sie, für wen der Zettel bestimmt war. — Der Zeuge, der noch ziemlich schlaftrunken ist, gibt zunächst eine wirre Antwort, sagt sich aber dann, und erklärt, daß er dem Hauptangeklagten Ziegler den Zettel habe zusteden wollen. — Vors.: Wer ist Speckmann?

Da der Zeuge schweigt, stellt Justizrat Broh die Vermutung an, daß es sich wohl um einen Spitzel handle, der vorgab Mitglied des Republikanischen Führerbundes zu sein. Landgerichtsrat Jamarath: Der Rassibet ist so gehalten, als ob Sie Ziegler seine Aussagen vorschreiben wollen. — Zeuge Fall: Ich wollte ihm nur alles noch einmal in Erinnerung zurückrufen. — Vors.: Ist es richtig, daß Sie den Untersuchungsgefängnissen Michaelis gern sprechen wollten, und daß Sie sich mit ihm englisch unterhalten wollten? Sprechen Sie beide englisch? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Worauf soll diese Frage hinaus? — Vors.: Offenbar sollte eine Verständigung zwischen den beiden hergestellt werden, die dem Bewachungspersonal unverständlich blieb.

Hierauf wird die

### Beweisaufnahme geschlossen.

Staatsanwalt Ramin sagt im Plädoyer: Es sei festgestellt, daß ein militärischer Verband mit militärischen Übungen unter fachmännischer Leitung und in der R. D. eine bewundernswürdige Disziplin bestanden habe, an der sich der alte Militarismus hätte ein Beispiel nehmen können. Die Zeugen hätten, eingeschüchert durch ihre zahlreichen Genossen oder durch die Furcht vor einem Parteitribunal, fast alle versagt. Es scheine, als ob

eine unsichtbare Waage die Zeugen gelenkt

hat. Die Aussagen der Kriminalbeamten aber erfahren eine Ergänzung durch das Schweigen des Fall, der ein äußerst gewandter Mensch sei. Sein Rassibet habe ihn verraten. Ziegler sei als Mitglied der Kampforganisation anzusehen. Auch für die übrigen Angeklagten sei die Zugehörigkeit zur R. D. erwiesen. Der Ankläger beantragt gegen Ziegler neun Monate, gegen Vogé, Arndt, Conrad, Laidin je sechs Monate Gefängnis.

Fortsetzung heute vormittag 9½ Uhr.

Die Erfurter Waffenschließungen. Der Erfurter Vertreter der Reichs-Feuerhand-Gesellschaft, Arthur Schleinig, wurde gestern verhaftet. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Untersuchung über die umfangreichen Erfurter Waffenschließungen.



# Bewegungsbewegung

## 10 Punkte der K.V.P.D.

Dieser Tage ist sämtlichen kommunistischen Vertrauensleuten die Order für ihr Verhalten vor dem Feind, d. h. den Anhängern der alten Bewegungsbewegung, zugestellt worden. Es sind Richtlinien, zusammengefasst in 10 Punkten; sie geben die Anleitung für:

1. Politische Informationen.
2. Literaturvertrieb.
3. Zusammenfassung in Verwaltungsbezirke.
4. Aktivität im Betrieb.
5. Verhalten bei von den Gewerkschaften in Vorbereitung befindlicher Maßnahmen und Aktionen.
6. Fraktionsversammlungen.
7. Verbindung mit der Parteileitung.
8. Vereinbarung mit anderen Parteien.
9. Kommunisten in Fraktionen.
10. Verbindung mit Arbeitslosenfraktion.

Punkt 4 bestimmt: „Die Kommunisten müssen die Interessen der Arbeiter und Angestellten am aktivsten vertreten. Die Kommunisten dürfen nie vor den Schranken bürgerlicher Gesetze hantieren. Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen der Arbeiterklasse und den ihnen entgegenstehenden bürgerlichen Gesetzenbestimmungen ergeben, mit Bewusstsein auf die Spitze zu treiben.“

Nach Punkt 5 müssen alle Maßnahmen der Unternehmer sowie Forderungen der Arbeiterschaft, die zu Aktionen führen, sofort dem Parteisekretariat der K.V.P.D. gemeldet werden und in allen Betriebs- und sonstigen Versammlungen ausgenutzt werden. Nach Punkt 6 müssen vor allen gemeinsamen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Fraktionsführungen abgehalten werden. Wenn die Redner, die in diesen Sitzungen bestimmt werden, über kein Material verfügen, so ist „Material“ von dem K.V.P.D. Parteisekretariat abzuholen.“ Wenn Anträge und Resolutionen, die auf diese Weise fabriziert werden, von den Gewerkschaften oder der Gewerkschaftskommission abgelehnt werden, muß das Verlangen und die Schöpfung der K.V.P.D.-Anträge durch diese Körperlichkeiten „kollaborativ“ ausgenutzt werden.“

Abf. 3 des Punktes 9 lautet: „Alle Funktionäre der K.V.P.D. sind der Partei und den kommunistischen Fraktionen, von denen sie als Kandidaten aufgestellt werden, verantwortlich und können jederzeit von denselben abberufen werden.“

Wiso, wer die Wahlberechtigten vertreten soll, das bestimmen nicht sie selbst, sondern die „Bonzen“ der Zentrale.

Diese Anweisungen lassen erkennen, daß die Zentrale der K.V.P.D. gar nicht daran denkt, Arbeiterinteressen zu vertreten. Ihr kommt es nur darauf an, die Not und Verzweiflung der Arbeiter zu ihren Parteizwecken auszunutzen. Darum wird mit kalter Gewissenlosigkeit der Befehl gegeben, jeden Konflikt auf die Spitze zu treiben, ohne sich um die bürgerlichen Gesetze zu kümmern. Wenn die Arbeiterschaft in Niederlagen hineingeworfen wird, wenn ohnmächtige arme Teufel in die Maschen der Paragraphen-Netze hineingetrieben werden, dann, glauben diese „Arbeiterfreunde“, blüht ihr Weizen.

Sie werden sich täuschen! Die Arbeiter werden sich nicht der Führung von Leuten anvertrauen, die sie aus parteipolitischen Spekulationen in noch tieferes Elend hineinstoßen wollen!

### Stimmberichtigte Oberschlesier!

Am Sonntag, den 6. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im Zugarten eine Versammlung aller in Berlin wohnenden Stimmberichtigten Oberschlesier statt.

Wenn auch die Unterzeichneten die organisierten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen zum Besuch dieser Versammlung aufrufen, so geschieht es nicht, weil wir aus nationalistischen Gründen wünschen, daß Oberschlesien Deutschland erhalten bleibt, sondern aus rein kulturellen und wirtschaftlichen Gründen.

Stimmberichtig sind nur alle in Oberschlesien Geborenen männlichen und weiblichen Geschlechts, die sich in die Stimmlisten haben eintragen lassen. In der Versammlung am Sonntag soll über die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland Aufklärung gegeben werden.

Wir ersuchen darum die organisierte Arbeitnehmerschaft Berlins, an dieser Versammlung zahlreich zu beteiligen.

„Afa-Druckerei“ Groß-Berlin.  
Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

### Die Kommunisten im Holzarbeiter-Verband.

In einem Flugblatt an die Berliner Holzarbeiter wird zur Vorstandswahl aufgerufen. In dem Flugblatt sind die Ausführungen der Kommunisten dazu heraus, die Kommunisten einmal genauer anzusehen.

Wer ist revolutionär? In der Vorkriegszeit hat man in der Arbeiterbewegung von den kommunistischen Schreibern keinen Begriff. In der Kriegszeit ließen sich viele von den Rüstungsbetrieben rekrutieren und waren den Unternehmern gegenüber die größten Kriecher. Erst nach Kriegsschlus, als es nicht mehr gefährlich war, erwachte der revolutionäre Trieb und ihre alte Abneigung gegen Partei- und Gewerkschaftsorganisation entwickelte sich zu Kampfesstolz, die die Arbeiterschaft auseinanderriss und dem Unternehmertum und den kapitalistischen Parteien die entscheidende Macht wieder in die Hände spielte.

Die „Gewerkschaftsbureaucratie“ wollen die Kommunisten besetzen. Warum? Um sich selbst an diese Stelle zu setzen. In allen Verwaltungen, wo sie die Leitung besitzen, haben sie sich nicht nur als noch größere „Bureaucraten“ entpuppt, sondern sich auch als unfähig erwiesen. Daß ihre Leute nicht einmal eine ordnungsmäßige Rassenführung verstehen, entbehrt die „Rote Fahne“ damit, daß alle Vierteljahre mit den Personen gewechselt wird. Händelt es sich natürlich um Nichtkommunisten, sollen die Funktionäre jederzeit abberufen und oft durch reiches Blut ersetzt werden.

Gegen Arbeitsgemeinschaft und Beitzpolitik der Instanzen geht der Kampf der Kommunisten. Gegen das Unternehmertum haben die kommunistischen Führer in keiner Verwaltung des Verbandes, wo sie Einfluß haben, etwas ausgerichtet. Sie müssen sich immer vom Hauptvorstande und den Gauleitern den Karren

aus den Dreck ziehen lassen. Persönlich blamieren sie sich auch den Unternehmern gegenüber, lassen sich überlisten und geben den ganzen Einfluß ihrer Gewerkschaft preis.

Unter den Vorkriegern der kommunistischen Berliner Holzarbeiter sind Leute, die sich in dieser Zeit vom Unternehmer überreden lassen, ihre Ersparnisse zu einem Betriebsfonds für den Unternehmer zusammenzulassen. Auch das kommt vor, daß der kommunistische Verbandsangestellte einen Tarifabschluß mit den Unternehmern bei Sekt und Schweinebraten feiert. Wenn Kommunisten das tun, so ist das kein Paktieren mit den Unternehmern.

Unter einer kommunistischen Verbandsleitung haben die Mitglieder Gelegenheit, den revolutionären Kampf zu führen, und zwar 10- bis 20mal in einem Jahre als Proteststreik, Sympathiestreik, Demonstrationsstreik und Generallstreik. Immer aus Idealismus und ohne Unterflüchtung. Wenn es dann wirklich einmal gilt, einen Fortschritt durchzuführen oder Volksrechte zu verteidigen, dann sind die Arbeiter abgekämpft. Durch die kommunistischen Kämpfe wird nichts erreicht, die Arbeiter bringen große Opfer und das Wirtschaftsleben wird immer mehr zerrüttet.

Der offene Brief der Kommunisten enthält an durchführbaren Forderungen nur solche, zu deren Durchführung wir schon lange den Kampf führen. Ihnen in diesem Kampfe die Führung zu übertragen, dazu sind sie denn doch zu unfähig.

Was haben die Kommunisten geleistet? Die gemeinsame Front der Arbeiter zerrissen, den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des arbeitenden Volkes vernichtet, die Sozialdemokratische Partei gespalten, die Unabhängige Sozialdemokratie gespalten und den Bruderkrieg unter den Arbeitern herbeigeführt. Wenn die kommunistische Partei erst genug Mitglieder hat, wird auch sie sich spalten. Zerstören und vernichten, was andere aufgebaut haben, das können auch die Dummsten.

Aus den Organisationen verdrängt sollen die Kommunisten gar nicht werden. Man kann ihnen aber nicht die alleinige Führung und Leitung eines Verbandes in die Hand geben. Ihre Leute haben bewiesen, daß sie dazu erst noch viel lernen müssen.

Deshalb wählt keine Kommunisten, sondern die List

### Sidfeld-Cermoth.

#### Trohender Lohnkampf in der Herrenkonfektion.

Die Lohnsätze in der Herrenkonfektion datieren fast ausnahmslos aus der Vorkriegszeit: einige sind schon im Jahre 1911 abzuschließen. Die inzwischen vereinbarten Lohn-erhöhungen sind immer in Prozenten auf die alten Grundlöhne veranschlagt worden. Wenn schon in den alten Tarifen naturgemäß wesentliche Unterschiede in der Entlohnung leichtartiger Arbeiten vorhanden waren, so sind diese durch die verschiedenen starken Teuerungen und als den prozentualen Aufschlag während der letzten Jahre nur noch krasser in Erscheinung getreten. Hauptächlich deshalb, und weil die Produktion und Absatzverhältnisse in der Konfektionsindustrie zu einer einheitlichen Lohnregelung geradezu drängen, haben beide Vertragsparteien die Forderung eines Reichstarifes mit einheitlichen Positionsbenehnungen schon vor einhalb Jahren beschlossen. Die Arbeitnehmerverbände haben dann nach umfangreichen Vorarbeiten schon Anfang Septem. d. J. dem zehnjährigen Arbeitgeberverband einen ersten Entwurf eingereicht. Verhandlungen darüber fanden zum ersten Male im Dezember d. J. statt, bei denen jedoch nur sehr wenige Punkte des vertraglichen Teiles erledigt wurden; der materielle Inhalt des Tarifs wurde kaum erwähnt.

Weitere Verhandlungen fanden in der vorigen Woche in Frankfurt a. M. statt. Auch hierzu hatten die Arbeitgeber keinerlei Gegenvorschläge unterbreitet. Waren schon die Arbeiter durch die letzten minimalen Lohnerhöhungen mit Vertreibungen auf das halbe Jahr hinaus getrieben, so erklärten sich ihre Vertreter anerkennend, einer längeren Verhandlung des Termins zuzustimmen. Sie forderten deshalb, den Reichstarif am 15. Februar in Kraft treten zu lassen. Die Arbeitgeber lehnten diesen Vorschlag ab und brachten schließlich als Termin den 15. April in Vorschlag. In einer schriftlichen Erklärung sagten sie jedoch ausdrücklich, daß eine Fertigstellung auch bis dahin unmöglich erweise, und drohten zugleich, ihr Angebot zurückzuziehen, wenn die Arbeitnehmer den Termin ablehnen würden. Aus ihren Erklärungen ging gleichzeitig hervor, daß sie nicht gewillt sind, jetzt eine Regelung der Löhne einzutreten zu lassen. Die Arbeitnehmerverbände aller Richtungen wiesen diese Erklärung entschieden zurück. Die Verhandlungen wurden daraufhin resultatlos abgebrochen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Herrenkonfektion haben jetzt hierzu Stellung genommen und durch Urabstimmung gegen ganz vereinzelte Stimmen beschlossen, am 7. und 8. Februar in sämtlichen Industriebezirken der Herrenkonfektion die Arbeit einzustellen. In Frage kommen etwa 30.000 bis 32.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Es droht ein Kampf, ungleich größer dem ersten Lohnkampf in der Konfektionsindustrie im Jahre 1896, der damals so großes Aufsehen erregte und zu einer Interpellation im Reichstage führte.

#### Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsräten.

Nach Vorberedungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ist der im Reichsarbeitsministerium gefertigte Entwurf des Ausführungsgesetzes zu § 70 des Betriebsräte-Gesetzes betr. Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat fertiggestellt und nach Verabreichung durch das Reichskabinett dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf sieht die Entsendung von ein bis zwei Betriebsratsmitgliedern in die Aufsichtsräte der Aktien- und Aktienkommanditgesellschaften, der Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung vor. Die entsandten Mitglieder sollen nach dem Entwurfe, abgesehen von dem in § 70 V.R.G. vorgeschriebenen Ausschluß von dem Lantienbezugs, die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder haben. Ob ein oder zwei Mitglieder entsandt werden, bemittelt der Entwurf nach der Zahl der sonstigen Aufsichtsratsmitglieder.

#### Für freies Angestelltenrecht.

Die Bewegung, welche die Krankenkassenangestellten für die Aufbesserung ihrer Gehälter führen, soll unterbunden werden durch eine Verfügung des Wohlfahrtsministers Stegerwald. Die Verfügung besagt, daß das Sperregesetz (wonach die Staats- und Gemeindebeamten nicht höher bezollet werden dürfen wie die

Reichsbeamten) auch auf die der Dienstordnung unterliegenden Angestellten der Krankenkassen anzuwenden ist. Das bedeutet: Während die Angestellten bisher ihre Gehälter durch Tarifvertrag mit den Kassenvorständen vereinbart haben, sollen in Zukunft die Bestimmungen des Beamtenbezahlungsgesetzes für sie maßgebend sein. Die Entsendung der Angestellten in die betreffenden Gehaltsgruppen soll den Überverpflichtungsämtern übertragen werden.

Wegen die Verfügung des Wohlfahrtsministers protestierte am Freitag nachmittags eine sehr stark besuchte Versammlung der Krankenkassenangestellten. Es wurde ausgedrückt, daß die Regierung bei der Beratung des Sperregesetzes ausdrücklich anerkannt hat, daß das Gesetz keinesfalls auf die Krankenkassenangestellten Anwendung finden soll. Wegen diese Zusicherung vertritt die Verfügung des Wohlfahrtsministers. Wenn sie zur Ausführung kommen sollte, so würde das für die Krankenkassenangestellten eine Verleumdung bedeuten, und da es ja den Kassenvorständen unmöglich gemacht wird, die Gehälter mit ihren Angestellten zu vereinbaren, so kann von Selbstverwaltung der Krankenkassen keine Rede mehr sein. Aus diesem Grunde mußte auch der Krankenkassenverband gegen die Verfügung Stellung nehmen.

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten bezeichnet in einem Rundschreiben an die Kollegen die Verfügung als eine schwere Verletzung der Rechte der Angestellten, die sie sich unter keinen Umständen gefallen lassen dürfen. Der Hauptvorstand hat den Wohlfahrtsminister aufgefordert, die Verfügung außer Kraft zu setzen, und den Arbeitsminister auf die Folgen aufmerksam gemacht, die aus der Aufrechterhaltung der Verfügung entstehen müssen. Der Hauptvorstand fordert die Kollegen auf, eine Protestbewegung gegen die Verfügung ins Werk zu setzen, denn die Verfügung muß fallen, wenn nicht im Guten, dann werden die Angestellten zeigen müssen, daß sie nicht mit sich haben lassen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die scharfen Protest gegen die Verordnung erhebt und fordert, daß die Beschlüsse wie bisher in freier Vereinbarung mit den Kassenorganen tariflich zu regeln ist. Die Sektionsleitung wird beauftragt, Abwehrmaßnahmen gegen die Verfügung zu unternehmen. Schließlich sagt die Resolution: Sollte das Wohlfahrtsministerium die Verfügung nicht aufheben, so ist die Kollegen-schaft entschlossen, gestützt auf ihre Gewerkschaft, den Zentralverband der Angestellten, mit allen, auch den schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmitteln die Zurücknahme der Verfügung zu erzwingen.

Achtung, Buchdrucker! Die Firma W. Greve (Bah. Mag. Poth), Ritterstr. 50, sucht durch Inserate in der Tagespresse Erlaß für das ausgetretene Personal. Sie bietet jedem dort Eintretenden 50 M. über das tarifliche Minimum! Der Grund der Streichung der Firma aus dem Verzeichnis tariffreier Druckereien war bekanntlich die Nichtanerkennung der Urteile der Schlichtungsinstanzen: Reichsschiedsgericht, Schlichtungsamt und Gewerbegericht. Jetzt spielt das Geld keine Rolle. Die 50 M. sollen das Judasgeld sein für Verrat und Treulosigkeit der Arbeiter gegenüber ihrer Organisation! Arbeiter und Arbeiterinnen, jetzt durch eure Solidarität, laßt ihr nicht gesonnen sein, für 50 M. eure Ehre zu verkaufen. Jeder, der dies dennoch tut, wird sowohl aus der Tarifgemeinschaft wie auch aus der Organisation ausgeschlossen! Darum: bewahrt eure Ehre!

Metallarbeiterstreik in Straßburg. In Straßburg streiken die Metallarbeiter einschließlich der auf dem Elektrizitätswerk beschäftigten Arbeiter wegen Lohnforderungen. Die von dem Regierungspräsidenten am gleichen Tage erteilten Verhandlungen, in denen eine Beilegung des Streiks versucht werden sollte, scheiterten an dem Widerstande der Arbeitgeber, die nicht erschienen waren. Die Lichtversorgung der Stadt hat keine Unterbrechung erlitten. Zur Bedienung der durch das Kalkwert gestörten Elektrizitätsversorgung sind drei Mann technische Vorhilfe in Tätigkeit getreten, mit deren Wirksamkeit die Arbeiter sich einverstanden erklärt haben. Die Schlichtungsversuche seitens der Behörden werden fortgesetzt.

Ausperrung der Tischlereiarbeiter in Prag. In Prag streiken die Installateurarbeiter. Die Unternehmer verlangen die bedingungslose Rückkehr zur Arbeit und drohen, nach Ablehnung durch die Arbeiter eine Sperre sämtlicher Arbeiter im Baugewerbe, in erster Reihe der Tischler, zu verfügen.

Achtung, „Aga“. Die Versammlung findet nicht Montag, sondern am Dienstag vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. — Der Betriebsrat: Verband der Bauerei- und Mühlenarbeiter und verwandte Berufsgruppen. Sonntag, 10 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12, Versammlung. Wohl der Gruppenleitung und Stellungnahme zu unserem Lohnabkommen.

## Soziales.

Das Kartell der Verbände leitender Angestellter hat beschlossen, seinen Namen umzuändern in Gemeinschaft der Vereinigungen der leitenden Angestellten in Handel, Industrie und Bankgewerbe zur Bearbeitung handelsrechtlicher Fragen. Der Gemeinschaft gehören nach wie vor an die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie E. V. und die Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe E. V. Das Arbeitsgebiet der Gemeinschaft ist wie bisher die Bearbeitung der Fragen des Arbeitsrechts einschließlich des Aufbaus der Körperschaften gemäß Art. 165 der Reichsverfassung. Die Geschäftsstelle der Gemeinschaft befindet sich: Berlin W. 8, Behrenstr. 20. Geschäftsführer der Gemeinschaft sind die Geschäftsführer der beiden genannten Vereinigungen Dr. Müffelmann und Regierungsrat Dr. Dig. (Schluß des rebellischen Teils.)

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Betzer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Hofst. Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Papierdruckerei u. Verlagsanstalt Post-Finger u. Co., Berlin. Druck-Nr. 2. Druck 1. Blatt.

**Th. E. Huse & Söhne**  
Königsberg i. Pr., Berlin W. 9,  
Paradeplatz 12, 1. Potsdamer Str. 10-11, pt.  
Gegründet 1904  
„Immobilien • Hypotheken • Finanzierungen“

**Formamint-Tabletten**  
vernichten die Bakterien in Mund  
und Rachen und gewähren  
**Schutz vor Ansteckung**



Deutscher Weinbrand

**Scharlachberg  
Kleisterbrand**

Die Marke des verwöhntesten Feinschmeckers

Bingen a. Rh.

Carl G. Bingenhofer, Berlin W. 50, Färber Str. 3. Tel. Adlon 524.

Cognacbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen am Rhein